

01/22

Preis: EUR 8



# Liga-Magazin

Menschenrechtsarbeit  
in widrigen Zeiten



## „Ein Tag, der nicht endet“

**D**ie Künstlerin und Grafikdesignerin Vladyslava Korotiuk wurde im Jahr 2000 in Dnepropetrovsk geboren. 2018 ging sie nach Kiew und studierte an der Nationalakademie der Bildenden Künste und Architektur. Korotiuk nahm an zahlreichen Ausstellungen teil, einige ihrer Werke befinden sich in Privatsammlungen. Heute lebt sie in Wien.

Vladyslava Korotiuk: „Am 24. Februar wachte ich durch das Geräusch einer Granatenexplosion auf – meine Stadt wurde aus der Luft bombardiert. Der Morgen des 24. Februar teilt das Leben der ukrainischen Nation in ein Vorher und ein Nachher. Jetzt ist mein Heimatland von Blut durchtränkt, seine Städte sind zerstört. Meine Heimat ist mit Massengräbern übersät, Kinder, die von der russischen Armee getötet wurden, sind darin begraben. Die Menschen verstecken sich in den Kellern und verhungern. Gefolterte und vergewaltigte Frauen und Mädchen werden aus den besetzten Städten evakuiert. Das ist die Realität, die hier und jetzt existiert, der 24. Februar – ein Tag, der bis jetzt nicht endet, der längste Tag im Leben der Ukrainer. Dieser Krieg ist die Niederlage der zivilisierten Menschheit. Doch der Geist des ukrainischen Volkes ist unsterblich, wir kämpfen für unsere Freiheit und unsere unabhängige Heimat – die Ukraine.“

Die in dieser Ausgabe der Liga veröffentlichten Bilder der Serie „Aus den Bulletins“ von Vladyslava Korotiuk sind dem Krieg in der Ukraine gewidmet. Der Erlös dieser Bilder geht direkt an die Künstlerin,



„Gifts“

2022, 25,5 x 20 cm, Acryl, Tusche, Feder auf Papier  
Preis: 250 Euro



„Your home is always with you“

2022, 25,2 x 16,7 cm, Acryl, Tusche, Feder auf Papier  
Preis: 300 Euro



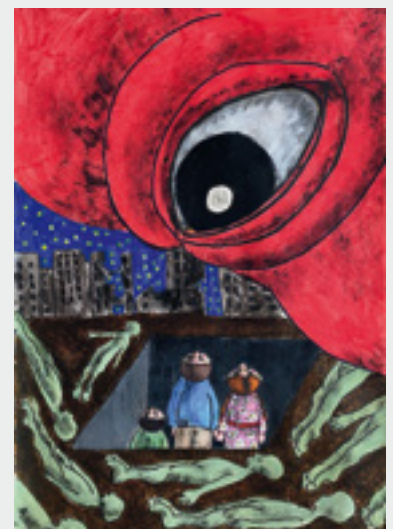
„Grief overtook“

2022, 20,3 x 14,5 cm, Acryl, Tusche, Feder auf Papier  
Preis: 280 Euro



„Kinglet“

2022, 28 x 20,5 cm, Acryl, Tusche, Feder auf Papier  
Preis: 300 Euro



„Hide and Seek“

2022, 28 x 20,5 cm  
Acryl, Tusche, Feder auf Papier  
Preis: 280 Euro



die in Wien Zuflucht gefunden hat. Wenn Sie Interesse am Kauf dieser oder weiterer Bilder von Vladyslava Korotiuk haben, bitte kontaktieren Sie [admin@liga.or.at](mailto:admin@liga.or.at)

Dank an die Kulturvermittlung:  
**Office Ukraine**  
Shelter for Ukrainian Artists  
Wien | Graz | Innsbruck  
Together, let's help and support  
Ukrainian artists!  
[artistshelp-ukraine.at/en](http://artistshelp-ukraine.at/en)


**BARBARA HELIGE**

Präsidentin der Österreichischen  
Liga für Menschenrechte, Leiterin  
des Bezirksgerichts Döbling,  
ehemalige Präsidentin der  
RichterInnenvereinigung

**J**ahrzehntelang prosperierende Wirtschaft in Europa, stete Fortentwicklung auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht. Dafür kann man schon dankbar sein. Hinter dieser positiven Entwicklung standen engagierte Menschen, die sich für die Verbesserungen einsetzten und ihr Leben einer Idee von Menschenwürde und Solidarität mit den Schwächeren widmeten. Der Kampf gegen Rassismus und gegen Diskriminierung, die (zu späte, aber immerhin) Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, all das findet sich auf der Habenseite der Entwicklung der letzten Jahrzehnte.

Mittlerweile wird klar, dass das alles nicht selbstverständlich ist. Vor allem Europa sieht sich nach den durch die Pandemie entstandenen Problemen nun durch den Krieg in der Ukraine mit einer krisenhaften Entwicklung konfrontiert, und das bei gleichzeitig immer deutlicher spürbaren bedrohlichen Auswirkungen des Klimawandels. Der Umgang mit dieser neuen Situation stellt uns auf die Probe. Während manche nicht darauf verzichten wollen, ganztägig am Puls der latest (bad) news zu sein, verweigern andere alle Informationssendungen,

um nicht mehr mit schlechten Nachrichten konfrontiert zu werden. In den Medien werden düstere Szenarien entworfen, viele fühlen sich machtlos und ausgeliefert.

Aber genau das muss nicht sein. Ja, es gibt viele und schwerwiegende Probleme, aber das ist kein Grund für Resignation und Defaitismus. Auch aus Krisen gibt es Auswege, wie der deutsche Wirtschaftsminister Habeck, der mittlerweile eine Führungsrolle in Europa übernommen hat, vor kurzem meinte: Man kann immer etwas tun. Auch wenn die wirtschaftlichen Aussichten derzeit düster sind, so muss das nicht mutlos hingenommen werden. Was gefragt sein wird, ist mehr Solidarität, sei es zwischen den Staaten, wenn es um die gerechte Verteilung knapper Rohstoffe geht, sei es bei Maßnahmen, die den sozial Schwachen durch Umverteilung unter die Arme greifen. Die wirtschaftlichen – aber viel mehr noch die ethischen – Ressourcen sind vorhanden.

Die Menschen in den europäischen Staaten, die sich eine Grundrechtecharta gegeben haben, haben auch die innere Kraft, diese Krise zu meistern, und sei es nur, dass sie sich durch Drohungen mit wirtschaftlichen Einbußen nicht schrecken lassen. Die Kraft, die Menschen hier mobilisieren können, sollte nicht unterschätzt und kleingeredet werden. Schon in der Vergangenheit gelang es, schwierige Situationen zu meistern. So sei der Flüchtlingswelle 2015 gedacht, die weit davon entfernt war, die Staaten zu destabilisieren. Ganz im Gegenteil wurde Hilfsbereitschaft deutlich, die noch immer nachwirkt. Auch der Klimakrise treten viele junge Menschen entschlossen entgegen, kämpfen um ihre Zukunft und sind bereit, ihr Leben all dem anzupassen.

Es gilt, sich der Herausforderung zu stellen.

Barbara Helige

# EDITORIAL

# INHALT

- 3 Barbara Helige: Editorial
- 5 Marion Wisinger: Vorwort
- 6 Sebastian Öhner: Liga aktuell
  
- 7 NEUES AUS DER LIGA**
- 8 Andrea Helige: Interview mit den neuen Mitgliedern Lydia Kasper-Ninz und Helmuth Kasper
- 10 Felix Mayr: Kind ist Kind
- 12 Dietmar Dragarić: Die Menschenrechte scheinen vergessen zu sein
- 13 Florian Horn: UPR: Follow-up-Prozess 2.0
- 14 Terezija Stoisits: Musikant und Mensch. Nachruf auf Willi Resetarits
  
- 15 MENSCHENRECHTE IN ÖSTERREICH**
- 16 Erwin Riess: Keine guten Aussichten
- 18 Gunther Trübswasser: Eine kurze Geschichte der langen Vertröstungen
- 19 Ulrike Plichta: „die Plichta“ kommentiert ...
- 20 Andreas Brunner: Homosexualität und Nationalsozialismus
- 21 Marion Wisinger: Weil er sich nicht länger am Krieg beteiligen wollte
- 22 David Weiss: Das Menschenrecht auf Verständigung
- 24 Christoph Riedl: Arbeit für alle
- 26 Marion Wisinger: Damit sich die Dinge zum Besseren wenden
  
- 27 SCHWERPUNKTTHEMA SPORT**
- 28 Peter Filzmaier: Menschenrechte, Politik und Sport
- 30 Andrea Helige: „Den Finger in die Wunde legen ...“ Interview mit Babara Helige
- 34 Mareike Boysen: Applaus für den Frauenförderer
- 36 Patricia Hofmann und Patrick Petschinka: Athlet\*innen auf dem freien Markt
- 38 Louis-Benjamin Vaugoin: Buchrezension „Football Leaks“
  
- 39 INTERNATIONALES**
- 40 Vladyslava Korotiuk: „Aus den Bulletins“: Kunst im Krieg
- 44 Heinrich Neisser: Menschenrecht und Menschenpflichten im Spannungsfeld moderner Gesellschaften
- 48 Bettina Vollath: Menschenrechte brauchen Gesetze!
- 50 Markus Stemeseder: Internationale Ligen: Trotz Hindernissen aktiv!
- 51 Marion Wisinger: Die Flügel weit geöffnet: der kurdische Lyriker Ilhan Çomak
- 52 Siroos Mirzaei: Botschaft an die Europäische Union
- 54 Kristinn Hrafnsson: Die Mächtigen zur Verantwortung ziehen. Ein Plädoyer für Julian Assange
  
- 55 Lesetipps
- 58 Impressum

## ÖSTERREICHISCHE LIGA FÜR MENSCHENRECHTE

Möchten Sie für die Liga schreiben?  
Wir freuen uns, wenn Sie Kommentare,  
Statements, Leserbriefe und andere Beiträge  
zu Menschenrechtsthemen an  
die Redaktion schicken.  
Einsendeschluss: **4. November 2022**

**m.wisinger@liga.or.at**  
Betreff: **Leserforum**





**MARION WISINGER**  
**CHEFREDAKTEURIN**

#### ZUR PERSON

Historikerin und Autorin,  
2009 bis 2012 Generalsekretärin der Liga, Vorstandsvorsitzende des Wiener Forums für Demokratie und Menschenrechte, Vizepräsidentin des Österreichischen PEN-Club, Beauftragte des Writers-in-Prison-Komitees. Trainerin in der politischen Erwachsenenbildung.  
zeitweise.at

# VORWORT

## Liebe Leserinnen und Leser,

als wir Ihnen nach dem turbulenten Jahr 2021 einen guten Beginn des Neuen Jahres wünschten, ahnten wir nicht, welche Katastrophe auf die Welt zukommen würde. Kriege, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Millionen Menschen auf der Flucht, Hungersnöte, Energie- und Wirtschaftskrise und die Gefahr eines Dritten Weltkriegs. Viele sagen, man hätte es wissen müssen.

Man wusste über Putins Verbrechen in Syrien, Tschetschenien und an den eigenen Bürger:innen Bescheid. Dennoch hat man ihn zu einem unentbehrlichen Wirtschaftsfaktor gemacht. Das Postulat, Handel führe zu mehr Demokratie, hat sich einmal mehr als brüchig erwiesen. Die Unterstützung der Ukraine ist für demokratische Länder selbstverständlich. Eine künftige europäische militärische Aufrüstung ist angesichts der Aggression Putins unumgänglich. Die größte Herausforderung ist es nun, dem Angreifer entschieden entgegenzutreten und gleichzeitig den Frieden als einzig denkbare Möglichkeit zu verhandeln. Die Logik, einen bewaffneten Konflikt so lange zu führen, bis die Verhandlungsbasis optimiert wird, ist allen Kriegen immanent. Sie führt zu unermesslichem Leid, und nachher weiß man es besser: Der militärische Gewinn konnte die Menschenleben nicht aufwiegen. Es ist die Aufgabe des Westens, unablässig und permanent zu vermitteln. Jegliche Kriegsrhetorik ist zu unterlassen. „Einer muss den Frieden beginnen, wie den Krieg.“ (Stefan Zweig)

Auch die klimatischen Veränderungen bedrohen das Leben, die Kippunkte einer irreversiblen Zerstörung der Umwelt sind bereits erreicht. Was für die Kriege dieser Welt gilt, trifft auch für die humanitäre Katastrophe durch den Klimawandel zu. Man hätte es wissen müssen. Wirbelstürme, Überflutungen und Dürre treiben Millionen

Menschen in die Flucht. Die Einsicht, dass zu den Menschenrechten auch eine intakte Umwelt gehört, kommt spät. Nun wird erst einmal auf Urlaub gefahren.

Ambitionierte Menschenrechtsarbeit in Kriegszeiten, das Recht auf Asyl, soziale Rechte und das Recht auf eine intakte Umwelt in der Wirtschaftskrise einzufordern mag unmöglich erscheinen. So erläuterte Emil Brix, Direktor der Diplomatischen Akademie, die österreich-türkische Annäherung dieser Tage: „Das Prinzip dahinter ist, je instabiler die Weltordnung ist, desto genauer müssen kleinere Staaten schauen, dass sie Realpolitik betreiben. Nicht glauben, sie können das tun, was immer so schön als ethische Außenpolitik bezeichnet wird.“ Die Österreichische Liga für Menschenrechte widerspricht dieser Denkweise, die weder in der Diplomatie, der Politik, der Wirtschaft noch in der Gesellschaft um sich greifen sollte.

In dieser allgemeinen Stimmung der Vergeblichkeit von Friedens- und Menschenrechtsarbeit haben wir eine Ausgabe des Liga-Magazins gestaltet, die dennoch auf Kurs bleibt. Wir beschäftigen uns mit aktuellen Forderungen an die österreichische Regierung, stellen das Thema Menschenrechte und Sport in den Fokus und berichten über Menschenrechte international. Wir bleiben dran.

Außerdem präsentieren wir Werke einer ukrainischen Künstlerin. Wenn Sie Interesse am Kauf der Bilder haben, würde das Vladyslava Korotiuk, die nun in Wien lebt, sehr unterstützen. Für die nächste Ausgabe des Magazins laden wir eine russische Künstlerin ein.

Mit besten Grüßen,  
Marion Wisinger

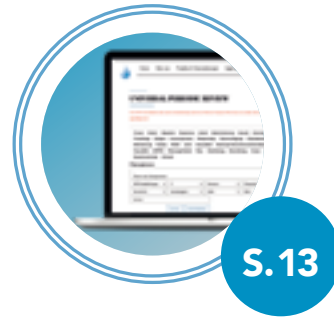
\* Report, 5.7.2022



S. 38



S. 10



S. 13



## Liga aktuell



### DER AUTOR

Sebastian Öhner

Studium der Rechtswissenschaften in Wien und Istanbul. Seit 2017 engagiert im Bereich Kinderrechte bei den Wiener Kinderfreunden und in Kooperation mit verschiedenen NGOs. Seit 2021 Rechtsreferent bei der Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft. Derzeit zusätzlich Generalsekretär der Österreichischen Liga für Menschenrechte (Karenzvertretung).

Die aktuellen Geschehnisse bedingen und verlangen einen ausdauernden Einsatz für die Einforderung menschenrechtlicher Verpflichtungen der Staatengemeinschaft. Die Österreichische Liga für Menschenrechte sieht sich vor allem in Bezug auf den andauernden Krieg in der Ukraine gefordert und prangert gemeinsam mit anderen NGOs die Kriegsverbrechen an.

Aktuell setzen wir uns auch in Zusammenhang mit der bevorstehenden Fußball-WM in Katar im Rahmen des Fairplay-Projekts „Unser Spiel für Menschenrechte“ für globale Gerechtigkeit ein. Dabei soll vor allem auf die gravierenden Verletzungen der Arbeitsrechte, aber auch der Frauen- und Kinderrechte hingewiesen werden. Die Rechte von Kindern und Jugendlichen unterstützen wir auch auf nationaler Ebene mit Nachdruck – etwa bei der von der Asylkoordination auf die Beine gestellten Kampagne „Kind ist Kind“ (siehe Seite 10). Ebenfalls

engagiert hat sich die Liga in der Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze“ des Netzwerks soziale Verantwortung für die Umsetzung eines Lieferkettengesetzes in Österreich. Und stark gemacht haben wir uns auch im Bereich Anti-Korruption. Neben der Unterstützung des Anti-Korruptionsvolksbegehrens wurde diesem Thema gemeinsam mit dem Ludwig Boltzmann Institut für Grund- und Menschenrechte, der Universität Wien und Amnesty International im April ein eigener Human Rights Talk gewidmet.

Wichtig ist der Liga auch der Follow-up-Prozess des Universal Periodic Review, dafür haben wir ein spezielles Instrument entwickelt. Dieses UPR-Tool (siehe Seite 13) ist auf unserer neuen Liga-Website, auf die wir sehr stolz sind, öffentlich zugänglich und hilft, die menschenrechtlichen Verpflichtungen Österreichs transparent aufzuzeigen. Sichtbar wird auch dort eines: Es ist viel zu tun. Die Liga bleibt aber natürlich wie immer dran!



NEUES AUS DER LIGA 

# Nicht nur der Logik des Geldcodes folgen!

WIR FREUEN UNS, MIT MAG. LYDIA KASPER-NINZ UND UNIV.-PROF. DR. HELMUT KASPER EIN ECHTES „POWER-COUPLE“ ALS NEUE MITGLIEDER UNSERER LIGA WILLKOMMEN ZU HEISSEN. UND IHNEN FÄLLT ZUM THEMA MENSCHENRECHTE EINIGES EIN ...

*Herr Kasper, der Schwerpunkt Ihrer langjährigen Lehr- und Forschungstätigkeit liegt bei Management und Organisation, wobei Ihre umfangreiche Publikationsliste zeigt, dass Sie den zwischenmenschlichen Beziehungen viel Spielraum geben. Es finden sich Buchtitel wie „Leadership und soziale Kompetenz“ oder „Managen und Lieben“. Wäre „Menschenrechte und Management“ da auch ein Thema für Sie?*

**Helmut Kasper:** Gute Anregung! Mein Eindruck ist, dass auch im Business sehr gerne ein Bekenntnis zur Beachtung der Menschenrechte abgelegt wird – als sozial erwünschte Antwort. Doch in der Realität dient es bisweilen lediglich als Überstrich oder Lack für betriebswirtschaftliches Handeln. Wenn etwa Ethik im Management zwar als *conditio sine qua non* bezeichnet, dann aber lediglich zu Marketingzwecken eingesetzt wird.

*Frau Kasper-Ninz, Sie sind Betriebswirtin und Wirtschaftsjournalistin, waren in einer führenden Managementposition und kümmern sich heute mit AJOUR*



*um arbeitslose Journalist\*innen. Auch bei Ihnen stand die ökonomische Ausrichtung im Vordergrund – aber nicht nur diese. Wie sehen Sie das selbst?*

**Lydia Kasper-Ninz:** Seit ich denken kann, setze ich mich dafür ein, dass alle Menschen möglichst faire Chancen haben sollen, menschenwürdig als Teil der Gesellschaft zu leben, egal woher sie kommen. Das muss auch praktisch umgesetzt werden, sonst ist es nur Augenauswischerei.



**NEU IN  
DER LIGA**

Hier spielen die wirtschaftlichen Bedingungen eine zentrale Rolle. Von gleichen Chancen für Kinder zu reden hilft nichts, solange sie in unseren Schulen brutal selektiert werden und die sozial Schwachen zurückbleiben.

Sorgen mache ich mir um Pressefreiheit und Qualitätsmedien, die gefährdet sind. Wo bleibt das Informationsfreiheitsgesetz? Die Werbemillionen fließen überwiegend an Google und Co. Das höhlt die wirtschaftliche Basis für heimische Medien aus, die bei den Journalisten\*innen einsparen. Wie sollen ausgehungerte Redaktionen Fakten liefern, wenn gleichzeitig 60 Leute in der Regierung nichts anderes tun, als Botschaften mit populärem Spin zu verbreiten und uns sogenannte „Social-Medias (!)“ mit Fake News überschwemmen? Für einen faktenorientierten Journalismus braucht es eine solide wirtschaftliche Basis und handwerkliches Können.

***Die Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie und damit die Frage nach der Gewichtung von (Freiheits-)Rechten und Pflichten haben zu teils hitzigen Auseinandersetzungen geführt. Dass ein Krieg wohl einer der härtesten Verstöße gegen die Menschenrechte ist, ist dagegen unumstritten. Wie beurteilen Sie den aus diesen Problemen resultierenden Umgang mit Menschenrechten in Österreich, wie geht die Politik damit um?***

**Helmut Kasper:** Als bekennender Systemtheoretiker bin ich überzeugt, dass Wirtschaftsunternehmen nach der Logik des Geldcodes funktionieren. Das macht es auch schwer, bei Managemententscheidungen einen Konsens für Menschenrechte zu finden. Es sei denn, die Geschehnisse sind so dramatisch, wie jetzt bei den noch immer halbherzigen Sanktionen der EU gegenüber Russland in diesem völkerrechtlich und vor allem menschenrechtlich durch nichts zu

rechtfertigenden kriegserischen Überfall von Russland auf die Ukraine. Da kann man nicht mehr wegsehen und alle Entscheidungen werden – bis auf wenige skrupellose Parteien (in Österreich die FPÖ) – zumindest in diese Richtung forciert. Es gibt aber viele „Objektbereiche“, wo die Menschenrechte im internationalen Business zugunsten ökonomischer Zwecke absichtsvoll ausgeblendet werden.

**Lydia Kasper-Ninz:** Die Populisten in den vergangenen Regierungen, allen voran Altkanzler Kurz, sind auf dem Flüchtlingselend erfolgreich geritten. Durch die Pandemie sichtbar wurde der gnadenlose Egoismus, der kein Miteinander mehr zulässt. Beides untergräbt die Akzeptanz der Menschenrechte.

***Gibt es auch menschenrechtliche Themen, die aus Ihrer Sicht zu wenig berücksichtigt werden?***

**Helmut Kasper:** Bei der Verabschiedung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte im Juni 2011 blieb vieles offen, etwa die Frage, ob multinationale Unternehmen nicht nur ökonomische, sondern auch politische Systeme sind. Für mich stellt sich auch die Frage, ob die von vielen Unternehmungen aufgestellten Verhaltensgrundsätze und eingesetzten Ethikkommissionen nicht kontraproduktiv wirken, wenn sie einzelne Mitarbeiter\*innen von eigenständigen moralischen Handlungen entlasten.

**Lydia Kasper-Ninz:** Das absolute Profitstreben hat sich in allen Systemen unserer Gesellschaft durchgesetzt, in Medien, Gesundheitswesen, Sport, Politik, Justiz und in der Wirtschaft, wo sich das Kapital in wahnwitziger Weise kumuliert hat. Betrüger und Blender werden kaum erwischt oder sie können sich mit einer Armada von Juristen freikämpfen. Der VW-Abgas-Skandal zeigte, dass ein milliardenschwerer Konzern mit Hilfe der Politik nahezu

unbeschadet davonkommt, während Umwelt und Käufer auf der Strecke bleiben. Der Verbraucherschutz ist in Europa völlig zersplittert, während Konzerne dank Globalisierung weltweit entfesselt agieren. So werden die Schwächeren geschwächt und die Starken gestärkt.

***Warum sind Sie der Liga der Menschenrechte beigetreten?***

**Lydia Kasper-Ninz und Helmut Kasper:** Wir sehen die parlamentarische Demokratie in ernster Gefahr, wie 1932 vor der Machtergreifung der Nazis. Wichtige Institutionen tun nicht, wofür sie gegründet wurden: das Parlament oder Behörden. Die Liga tritt in nachhaltiger Weise für Menschenrechte ein und bietet eine ideale Plattform, uns mit lauter Stimme in den Menschenrechtsdiskurs einzubringen. Diesen Chor der warnenden Stimmen möchten wir verstärken.

---

## WILLKOMMEN IN DER LIGA!

---

### UNSERE NEUEN MITGLIEDER LYDIA KASPER-NINZ UND HELMUT KASPER

Lydia Kasper-Ninz studierte BWL an der WU Wien und arbeitete in den Wirtschaftsredaktionen von „Kronen Zeitung“, APA und „Der Standard“. 2002 wechselte sie als Pressesprecherin zum ARBÖ, wo sie zur Generalsekretärin aufstieg. Zurzeit leitet sie AJOUR – Arbeit für Journalistinnen und Journalisten, schreibt Bücher und den Blog lydianinz.at.

Helmut Kasper studierte BWL an der WU Wien, Habilitation 1990. Er leitete das Institut für Change Management und Management Development, war Vorstand des Departments Management der WU, verantwortete über 40 Jahre den Postgraduate Management Universitätslehrgang und gründete und leitete den deutschsprachigen Executive MBA der WU.

---



# Kind ist Kind

EIGENTLICH SOLLTE DAS SELBSTVERSTÄNDLICH SEIN.

**I**m Rahmen der Veranstaltung „Kind ist Kind: Über Kinderflüchtlinge, Ungleichbehandlungen und dringend notwendige Änderungen“, die von der Österreichischen Liga für Menschenrechte in Kooperation mit der Asylkoordination am 14. Juni 2022 am Badeschiff Wien abgehalten wurde, sollten vor allem die derzeitigen Problemfelder und konkrete Maßnahmen zu deren Behebung bzw. Verbesserung diskutiert werden.

Nach der Begrüßung der Anwesenden durch Barbara Helige folgte eine Lesung von Jarmila Satrapa und Fritz Hausjell aus dem Buch „Für einen mehr ist auch noch Platz“ (Hrsg.: Katharina Glawischnig). In dem Buch wird die Begleitung eines minderjährigen Flüchtlings in den verschiedenen Stadien des Asylverfahrens aus der Sicht der die Obsorge übernehmenden Erwachsenen – wie eben Satrapa und Hausjell – auf persönliche und eindrucksvolle Weise geschildert.

Im Anschluss folgte als Schwerpunkt eine Podiumsdiskussion (Moderation: Sebastian Öhner), die von Lisa Wolfs-

egger (Asylkoordination), Helmut Sax (Ludwig Boltzmann Institut für Grund- und Menschenrechte) sowie Shahab Rahimi (als betroffene Person) bestritten wurde.

Befragt nach den größten Problemfeldern, die die jeweilige Person wahrgenommen habe, nannte Shahab Rahimi vor allem die psychische Belastung vieler Betroffener. Sie resultiert aus der monate- bis jahrelangen unfreiwilligen Untätigkeit Betroffener während des Asylverfahrens aufgrund von mangelnden Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen einer Ausbildung oder Lehre. Insbesondere die Abschaffung der Lehre – bei gleichzeitigem Anspruch der Gesellschaft auf schnellstmögliche Integration als zusätzlichem Belastungsfaktor – wird von vielen im Hinblick auf etwaige Zukunftschancen in Österreich als entmutigend wahrgenommen. Von Lisa Wolfsegger wurde beklagt, dass durch die derzeit stattfindende rechtliche Unterscheidung zwischen geflüchteten Kindern und nicht geflüchteten Kindern ohne sachliche Rechtfertigung Fluchtwaisen in ein für sie nicht passendes System der

Grundversorgung – das ursprünglich für Volljährige geschaffen wurde – bei gleichzeitig oftmals fehlender Obsorge gezwängt würden. Mangelnde finanzielle Ressourcen sowie eine nicht für geflüchtete Kinder geltende Ausbildungspflicht würden in der Folge zu einem nicht ausreichenden Angebot an Ausbildungsplätzen oder Sprachkursangeboten für diese Kinder führen. Helmut Sax konnte als Mitglied der Kindeswohlkommission vor allem mangelnde Erfahrung der Beteiligten mit den konkreten Problemsituationen (z.B. im Zusammenhang mit Gewaltschutzkonzepten) beobachten. Mangelndes Know-how schafft in Kombination mit nicht ausreichenden gesetzlichen Vorgaben sowie politischer Bereitschaft eine Anhäufung von offenen Problemsituationen. Nicht zuletzt, weil Personen in der öffentlichen Verwaltung oftmals nicht gezielt auf die Problemkonstellationen im Zusammenhang



## DER AUTOR

Felix Mayr

Studium der Rechtswissenschaften (Universität Wien, University of Sheffield) und des Internationalen Rechts (University of Edinburgh). Derzeit tätig in der Sektion III (Konsumentenpolitik und Verbrauchergesundheit) des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.



mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen geschult werden, käme es in der Folge z.B. zu übermäßig langen Verfahrensdauern bzw. einem unnötigen Verwaltungsaufwand, wie es beispielsweise die Situation der derzeitigen Bescheidenanfechtung vor dem Bundesverwaltungsgericht anschaulich illustriert.

Als Ursache für diese Problemfelder wurde in der Diskussion der Umstand genannt, dass Geflüchtete oftmals als Spielball politischer Auseinandersetzungen zwischen die Fronten geraten würden, gleichzeitig jedoch einen politisch sensiblen Bereich markieren. Als Nicht-Wahlberechtigte scheiden sie zusätzlich aus dem Feld der potenziellen Wähler:innen für politische Parteien aus: Damit stehen ihre Interessen nicht ausreichend in deren Fokus. Darüber hinaus stellt der Föderalismus ein zusätzliches Problem dar, da die Problemsituation derzeit von den Bundesländern sehr unterschiedlich gehandhabt wird. Dabei trete auch ein Interessenkonflikt bzw. ein unterschiedliches Maß an Bereitschaft zutage, bereits herausgearbeitete Konzepte und Ideen zur Verbesserung der Situation anzunehmen oder sich intensiver damit zu beschäftigen.

Als konkrete nächste Handlungsschritte wurde das Herantragen der Kampagne „Kind ist Kind“ an die Vertreter der Kirche genannt. Weiters müsse eine Sensibilisierung von Vertretern der Wirtschaft für das ungenutzte Potenzial folgen, das in den vielfältigen Talenten und Interessen dieser Kinder steckt und derzeit weder gefördert noch in Anspruch genommen wird. Zusätzlich soll man in Kontakt mit der Presse treten, um auch die breitere Öffentlichkeit über die genannten Problemfelder breitenwirksam zu informieren. Zuletzt muss der generelle Druck im Rahmen der Kampagne insbesondere auf politische Entscheidungsträger:innen erfolgen, um diese zu einer Auseinandersetzung mit der Thematik sowie den vorliegenden Konzepten

zu bringen. Hier mangelt es oftmals noch an ausreichendem Wissen und Bewusstsein für die Situation.

Als Abschluss des Abends wurde von der Poetry-Slammerin Elena Sarto ein Text vorgetragen, der sich mit der aktuellen Klimaproblematik als neu geschaffenem Fluchtgrund und dem „Wegschauen“ statt aktivem Handeln kritisch auseinandersetzte.

### **Zusammenfassend werden nun als gemeinsame Forderungen insbesondere gestellt:**

- > die Schaffung einer gesetzlichen Obsorge ab dem ersten Tag des Asylverfahrens
- > die Abschaffung des Systems der Grundversorgung für geflüchtete Kinder
- > eine Verbesserung des Bildungsangebotes und eine Erhöhung der Ausbildungsplätze
- > eine zielgerichtete Ausbildung und Sensibilisierung von Betreuer:innen

sowie Personen im öffentlichen Dienst

- > die Schaffung einer unabhängigen, bundesweiten Kinderrechte-Monitoringstelle zur Kontrolle der tatsächlichen Einhaltung dieser Forderungen sowie deren konformen Umsetzung, die in der Folge auch als Ombudsstelle bei wahrgenommenen Verstößen oder Verdachtsfällen fungieren kann.

### **KAMPAGNE „KIND IST KIND“**

40 österreichische Organisationen haben sich zusammengeschlossen, um auf die Einhaltung der Rechte von Fluchtwaisen zu drängen. Ziel ist es, die Ungleichbehandlung von Fluchtwaisen zu beenden und eine tatsächliche Gleichstellung mit anderen Kindern, die ohne Eltern aufwachsen müssen, herbeizuführen. Denn Kind ist Kind, egal woher.

**Ist Kind wirklich Kind? Liga-Präsidentin Barbara Helige eröffnete die Veranstaltung, danach wurden Probleme und Lösungsvorschläge erörtert.**






---

**DER AUTOR**


---

Dietmar Dragarić

ehemaliger Direktor des Oeversee-Gymnasiums in Graz. Er ist langjähriges Vorstandsmitglied der Österreichischen Liga für Menschenrechte und Leiter der Landesstelle Steiermark.

---

# Die Menschenrechte scheinen vergessen zu sein

EIN BERICHT ÜBER DIE UKRAINISCHE LIGA FÜR MENSCHENRECHTE

Schon letztes Jahr wurde in Graz mit Unterstützung der Landesstelle Steiermark eine Ukrainische Liga für Menschenrechte gegründet (vgl. Ligamagazin, 01/21). Der Schwerpunkt der ukrainischen Ligaarbeit liegt aktuell im Oblast Lemberg und konzentriert sich aufgrund der Kriegsgeschehnisse vorwiegend auf humanitäre Tätigkeiten.

Als uns am 24. Februar 2022 die ersten Nachrichten des russischen Überfalls auf die Ukraine erreichten, befürchtete ich eine großflächige Attacke und völlige Zerstörung der Infrastruktur des Landes. Im Verlauf der folgenden Wochen gelang es unserer steirischen Landesstelle, permanenten Kontakt mit dem Leiter der ukrainischen Liga aufzubauen. Glücklicherweise sind bis zur Niederschrift dieses Artikels die meisten Orte und Gebiete der Westukraine von Angriffen verschont geblieben – weshalb sich zigtausende Flüchtlinge aus den umkämpften östlichen und südlichen Landesteilen dort aufhalten. Ausgehend von der Steiermark, können wir nun direkt vor Ort von Menschenrechtsliga zu Menschenrechtsliga Hilfe leisten. Dies in Zusammenarbeit mit österreichischen Schulen und internationalen Hilfseinrichtungen. Manche Schulen haben sich bereits bei Hilfsaktionen während der Balkankriege großes Know-how erworben.

Jeder Krieg hat unterschiedliche Narrative. So die Worte einer russischen Mutter am Grab ihres Sohnes, der in Kiew gefallen ist: „Wenn wir nicht angegriffen hätten, wären wir angegriffen worden. Die Bomben, die jetzt in der Ukraine fallen, wären sonst hier geflogen.“ Nun hasst sie die Ukrai-

ner, das Nachbarland möchte sie am liebsten von oben bombardieren und alles plattmachen.\*

Meine persönlichen Tätigkeiten als Jugendbetreuer, Lehrer, Gemeinderat und in unserer Liga waren immer auf Friedenserziehung und Völkerverständigung, besonders mit der Sowjetunion und Russland, ausgerichtet – viele Jahre als Mitglied der Österreichisch-Russischen Gesellschaft in Graz. Nie konnte ich mir vorstellen, dass Russland sein „Bruderland“ Ukraine „plattmachen“ würde. Ebenso unvorstellbar, dass Russland seine – von Andrei Sacharow gegründete – älteste Menschenrechtsorganisation Memorial auslöschen würde. Putins Russland hat sich durch diesen Angriffskrieg und seine innenpolitisch verfügbaren Maßnahmen aller Brücken in eine gemeinsame europäische Zukunft beraubt.

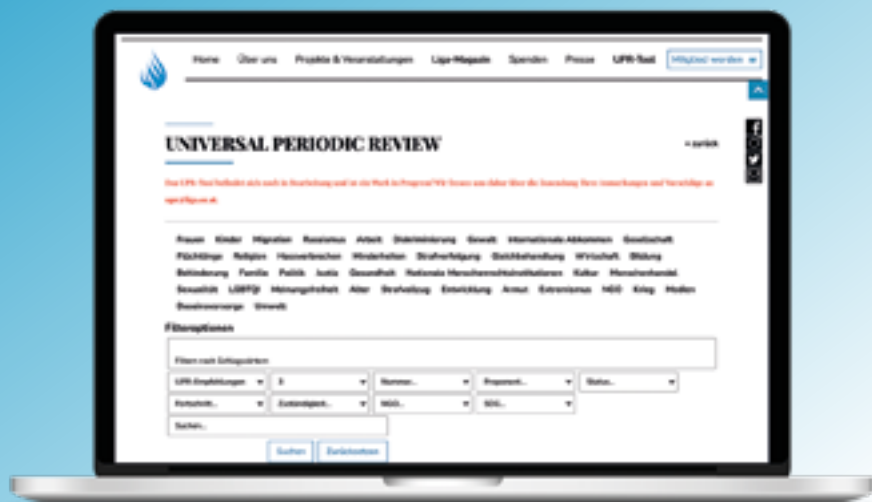
Die Menschenrechte scheinen vergessen zu sein, wenn Kinder, Frauen und Männer bombardiert, verschleppt und getötet werden. Was sind sie aber wert, wenn sie nicht durch die internationale Gemeinschaft, das heißt auch durch jeden von uns, geschützt werden? Die Menschen in der Ukraine brauchen jede Art von Unterstützung und Hilfe! Sollten wir nicht einen Besuch bei unseren Freund\*innen der Ukrainischen Liga vorbereiten? Von Wien nach Lemberg braucht es mit dem Auto acht bis zehn Stunden ...

---

Info und Kontakt:  
d.dragaric@gmail.com

---

\* Silke Bigalke, Wo bist du Söhnchen? In: Süddeutsche Zeitung, 7./8. Mai 2022, S. 3



**Foto** / Stephan Huger (Porträt)

**Text** / Florian Horn

befassten NGOs. Mit wenigen Klicks können Nutzer so ihre eigene Übersicht erstellen, die Empfehlungen nach den für sie relevanten Informationen filtern oder auch frei durchsuchen. In der vollen Ausbaustufe werden die Anmerkungen zu jeder Empfehlung einen guten Überblick und ersten Einstieg zur weiteren Recherche geben.

Das Team der Liga würde sich daher freuen, wenn auch die Leserinnen und Leser des Liga-Magazins vom neuen UPR-Online-Tool Gebrauch machen.

## UPR: Follow-up-Prozess 2.0

**I**m Juni fand wieder ein Treffen in Sachen Universal Periodic Review (UPR) mit Vertretern der Bundesministerien und Ländervertretern statt. Wie in der letzten Ausgabe berichtet, sagte die österreichische Regierung bei 236 Empfehlungen von Mitgliedstaaten der UNO ein Tätigwerden zu, indem sie die Empfehlungen offiziell annahm. Dies ist eine große Aufgabe, besonders wenn man bedenkt, dass bereits für das Jahr 2023 ein erster Zwischenbericht zugesagt wurde.

Es ist auch erfreulich, dass im Windschatten des UPR die Volksanwaltschaft ihre Kooperation mit der Zivilgesellschaft weiter ausbaut, nun, da sie auch den vollen A-Status als Mitglied der Globalen Allianz der Nationalen Menschenrechtsinstitutionen (GANHRI) erhalten hat. Dies war eine wichtige Forderung aus mehreren Empfehlungen innerhalb des UPR.

Die Liga selbst setzt ihre Arbeit als Koordinatorin zwischen den unzähligen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Organisationen fort. Neben den persönlichen Kontakten hat die Liga aber auch eine neue und elektronisch umgesetzte Idee entwickelt: In einem Online-Tool, das auf unserer neuen Website jüngst online gegangen ist, werden sämtliche der Empfehlungen des UPR erfasst und leichter durchsuchbar gemacht.

### Ein geniales Instrument!

Dieses Online-Tool soll ein Hilfsmittel sein, nicht nur für NGOs und Journalisten, sondern für alle Menschen, die über den UPR-Prozess einen breiten Zugang zum Thema Menschenrechte suchen. Die Datenbank ist noch im Aufbau und wird in den kommenden Wochen mit Hilfe der teilnehmenden Organisationen, von Freiwilligen und dem Team der Liga tagesaktuell gebracht. Dabei sind alle 317 Empfehlungen der UN-Mitgliedstaaten (davon 236 von Österreich angenommen und 81 nur zur Kenntnis genommen) und auch die 152 Points of Action enthalten, die die Liga mit den teilnehmenden Organisationen in den Prozess eingebracht hatte.

Man sieht daran, was für ein enormes Informationsangebot hier potenziell enthalten ist. Das Gegenstück zum UPR wäre auf nationaler Ebene der Nationale Aktionsplan für Menschenrechte. Um unter diesen Voraussetzungen das Ziel der breiten Zugänglichkeit zu erreichen, versuchen wir die Informationen durch ein intuitives elektronisches Interface leichter fassbar zu machen.

Die Empfehlungen des UPR sind dabei durchgehend beschlagwortet, sowohl nach Themengebieten als auch nach den Sustainable Development Goals (SDGs), und sie nennen die zuständigen Ministerien und

[liga.or.at](http://liga.or.at) > UPR-Tool



**DER AUTOR**

Florian Horn

Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Wien und Southampton, UK. Praktikum am Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Tätig als Rechtsanwalt, Lehraufträge an der Universität Wien und der Sigmund Freud PrivatUniversität. Stellvertretender Vorsitzender des Clubs der sozialdemokratischen RechtsanwältInnen, Disziplinarrat und Rechtsanwaltsprüfer der Rechtsanwaltskammer Wien, Mitglied der österreichischen Juristenkommission.

# Musikant und Mensch

WILLI RESETARITS, 1948–2022

NACHRUF AUF EINEN GROSSEN UND FREUND



und Musizieren, mit charmanter Verzauberung seines ihn liebenden Publikums. Es war ein wunderbarer, erfolgreicher Abend, Willi war so entspannt, sentimental, so lebenswürdig, wie ich ihn seit Jahrzehnten kenne, liebe und verehere. Er war Willi, der Mensch.

Sein Tod hat Fassungslosigkeit und tiefe Traurigkeit, weit über seine „Kurtl-Fans“ hinaus, in ganz Österreich verbreitet. Wir haben in ihm einen großen Humanisten verloren, der sich nie selbst als solcher bezeichnet hätte. Er hätte sich als Begegner auf Augenhöhe, als schüchternen Menschen und als Musikant beschrieben.

Willi war ein guter Mensch, ein Mensch mit Witz und Gelassenheit, der sich aus uneigennütigen Motiven für andere Menschen, für Schwächere, für Fremde und Hiesige bedingungslos einsetzte. Ein GUTMENSCH, das Gegenteil von Miesmensch.

Willi war ein Menschenfreund – ohne ständig bedacht darauf zu nehmen es zu zeigen –, der danach handelte, wenn Menschenfeindlichkeit, und das ist Fremdenfeindlichkeit, ihm entgegenschlug.

Willi war ein Vorbild gegen Engstirnigkeit, Zynismus, Kleingeistigkeit, Nationalismus, Autoritarismus. Willi war ein Mann ohne Bitterkeit mit wahrer Street Credibility. Willi beeinflusste Menschen nicht, er veränderte Menschen zum Guten.

Willi. Ich verspreche dir:  
Mia passn auf,  
mia bleim vuasichtig  
und mia lossn uns nix gfoin.



**DIE AUTORIN**

Terezija Stoitsits

Seit 2000 Vize-präsidentin der Liga für Menschenrechte, seit 2013 Vorstandsmitglied des Vereins Projekt Integrationshaus.

Ich kenne Willi, seit ich mich erinnern kann. Als Kind und als jugendliche Gymnasiastin in Stinatz/Stinjaki war er für mich der „große Bruder von Peter“, seinem kleinen Bruder. Lässig, langhaarig, ein Hippie, ein Revoluzzer (mega-cool hieße das heute), zehn Jahre älter als ich und damit unerreichbar für mich. Damals noch kein österreichischer Mega-Star, war es der klassenkämpferische, charismatische Schmetterlinge-Sänger, der mich so beeindruckte.

Das letzte Mal habe ich ihn im Wiener Rathaus beim diesjährigen Flüchtlingsball des Integrationshauses, seinem Lebenswerk, gesehen und gesprochen. Es war Willis letzter Abend. Er hat diesen Abend damit verbracht, was er so sehr liebte und was so vielen Menschen so große Freude bereitet hat – mit Singen



# MENSCHENRECHTE IN ÖSTERREICH





# Keine guten Aussichten

EIN BERICHT VON ERWIN RIESS

**I**n den letzten Jahren ist in Österreich in Fragen der Inklusion behinderter Menschen ein zunehmendes Auseinanderklaffen von gesetzlichen Regelungen und sozialer Wirklichkeit zu beobachten. Dieses Phänomen tritt auch in anderen Politikfeldern auf, im Behindertenbereich ist es, begünstigt von mangelnder Öffentlichkeit und sehr zurückhaltendem Auftreten der offiziellen Behindertenverbände, aber besonders ausgeprägt.

Nationale Aktionspläne sollten die Umsetzung der UN-Behinderten-

rechtskonvention mit Leben erfüllen. Tatsächlich zeigt sich aber, dass selbst in der Formulierung dieser Pläne Rückschritte festzustellen sind. Diese betreffen besonders den Bildungssektor. Von der in der UN-Konvention strikt geforderten gemeinsamen Schulwirklichkeit von behinderten und nichtbehinderten Menschen sind wir weiter entfernt denn je. Die Praxis anderer Staaten, zum Beispiel Italiens, wird beharrlich negiert, in Österreich werden nach wie vor neue, aussondernde Bildungseinrichtungen errichtet. In Kärnten geht man so weit, dass sonderschulartige Bildungsstätten

einfach mit dem Etikett „Inklusiv“ versehen werden. In Wien steigt die Zahl der Sonderschüler stetig an, wobei sechzig Prozent der in diese Einrichtungen abgeschobenen Kinder keine Behinderung, sondern schlechte Deutschkenntnisse aufweisen. Der Bildungssektor reagiert hier auf das eigene Systemversagen mit der Verweigerung von Lebenschancen für tausende Kinder.

Bundesweit einheitliche Regelungen für die Persönliche Assistenz sind weiters nicht in Sicht. Dasselbe gilt für die viel zu geringe Ausgleichstaxe für Unternehmen,





einschlägigen Großheimen, sind aber nicht pensionsversichert und werden mit einem „Taschengeld“ von 20 bis 40 Euro monatlich abgefertigt. Die Ausbeutung behinderter Arbeitskräfte ist allen Entscheidungsträgern bekannt, Konsequenzen werden nicht gezogen.

Mit der ins Haus stehenden Pflegereform droht behinderten Menschen ein sozialer Generalanschlag auf die mühsam erkämpften Felder von Selbstbestimmung. Alte und behinderte Menschen sollen in der Pflegegeldversorgung voneinander getrennt werden, was für beide eine massive Schwächung der Verhandlungsposition mit sich bringt. Selbst die Abschaffung des Pflegegelds als Geldleistung wird diskutiert. Dies wäre gleichbedeutend mit dem Ende jeglicher Selbstbestimmung für behinderte Menschen, die sich die Möglichkeit eines Lebens „in freier Wildbahn“, also außerhalb von Institutionen, erkämpft haben. Die beabsichtigten Reformen stehen im Widerspruch zur UN-Behindertenrechtskonvention.

Eine Reform des zahnlosen Antidiskriminierungsgesetzes für behinderte Menschen steht nach wie vor aus. Die Umsetzung der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum stagniert auch aus diesem Grund. Von Klagenfurt abgesehen, sind an den Universitäten und Hochschulen keine strukturellen Maßnahmen zur Implementierung der international längst etablierten „Disability Studies“ zu verzeichnen. Die Wiener Universität steckt diesbezüglich immer noch im Geist der überholten Sonderpädagogik fest. An den Architekturhochschulen ist Barrierefreiheit weiterhin kein Pflichtgegenstand.

In der Corona-Zeit wurde immer wieder auf die Bedürfnisse behinderter Menschen vergessen. Auf das Ziel, die politische Reprä-

sentation behinderter Menschen in Parlament und Landtagen, Gewerkschaften und Kammern zu verbessern, wird verzichtet. Die Grünen, einst Vorreiter, haben das erste Mal seit ihrem Einzug ins Parlament keine betroffene Person als BehindertensprecherIn. So bleibt die Umsetzung des Grundsatzes der Independent Living Bewegung „Nothing about us without us“ (Expertentum in eigener Sache) weiterhin ein frommer Wunsch.

Insgesamt muss festgestellt werden, dass sich die Selbstbestimmt-Leben-Bewegung behinderter Menschen vor der schwierigsten Herausforderung seit ihrer Entstehung befindet.



#### ZUR PERSON

Erwin Riess

Aufgewachsen in Krems an der Donau, Verfasser von Theaterstücken, Romanen und von essayistischer Prosa, erschienen in Zeitungen und Zeitschriften in Deutschland und Österreich. Lebt in Floridsdorf und Pörschach-Prischitz. Er ist Rollstuhlfahrer, Aktivist der autonomen Behindertenbewegung und Vorstandsmitglied der Österreichischen Liga der Menschenrechte.

die sich von der Verpflichtung der Einstellung behinderter Menschen freikaufen. Die Arbeitslosenrate vermittelbarer behinderter Menschen liegt real bei 50% und ist seit Jahren im Steigen begriffen. Eine Erhöhung der Ausgleichstaxe auf Mindestlohniveau ist überfällig. Wir werden also weiterhin mit folgenlosen Appellen an das soziale Herz der Arbeitgeber traktiert werden.

Seit vielen Jahren konstatieren Monitoringberichte einen sozialpolitischen Skandal. Rund 25.000 behinderte Menschen arbeiten in

# Eine kurze Geschichte der langen Vertröstungen

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, wie sie 1948 von den Vereinten Nationen beschlossen wurde, ist – trotz aller Schwierigkeiten bei der Durchsetzung – das wichtigste internationale Menschenrechtsübereinkommen der Neuzeit.

Und dennoch, so vorausschauend und sorgfältig die Menschenrechtskonvention auch formuliert worden war, ein Verbot jedweder Diskriminierung wegen einer „Behinderung“ wurde damals noch nicht aufgenommen. Menschen mit Behinderungen konnten sich vorerst also nicht auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte berufen und daraus auch keinen Schutz ableiten. Erst in den 1990er-Jahren machten NGOs und Betroffene auf diesen eklatanten Mangel aufmerksam.

Und so wurde erst am 13. Dezember 2006 die „UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ (BRK) von der Generalversammlung der Vereinten Nationen einstimmig beschlossen. Sie stellt in



## DER AUTOR

Gunther Trübswasser

Menschenrechtsaktivist und Mitglied des Unabhängigen Monitoringausschusses zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen, ehemaliger Vorsitzender von SOS Menschenrechte Österreich und von 1997 bis 2009 Kultur-, Migrations-, Behinderten- und Menschenrechtssprecher der Grünen im Oö. Landtag. 2021 Menschenrechtspreis der Liga für sein Lebenswerk.

vieler Hinsicht einen Meilenstein in der Reihe der internationalen Menschenrechtsakte dar:

- > Sie kodifiziert erstmalig ein neues Verständnis von „Behinderung“: Der Spruch der Behindertenbewegung, „Man ist nicht behindert, man wird behindert“ drückt dieses neue Selbstverständnis treffend aus.
- > Sie etabliert ein neues System nationaler Kontrolle durch Organe der Zivilgesellschaft (in Österreich: [monitoringausschuss.at](http://monitoringausschuss.at))
- > Sie sieht erstmals verbindliche, regelmäßige Staatenprüfungen durch den Hohen Kommissar für Menschenrechte in Genf vor.

Österreich war 2008 weltweit einer der ersten Staaten, die die BRK ratifiziert und für verbindlich erklärt haben. Das hat bei den Betroffenen große Hoffnungen geweckt, die allerdings bis heute kaum erfüllt wurden.

Ein nationaler Aktionsplan (NAP) der Regierung zur Umsetzung der Konvention für die Jahre 2012 bis 2020 wurde höchstens zu 20% umgesetzt. Bei den aus der BRK verpflichtenden Maßnahmen in den Bereichen Bildung (Abschaffung der Sonderschulen), Ausbau der Persönlichen Assistenz, Abschaffung der Heimunterbringung, Modelle von Erwerbsarbeit statt Behindertenwerkstätten sowie Barrierefreiheit in allen Bereichen gab es so gut wie keine Fortschritte.

Und am künftigen NAP für 2022 bis 2030 wird zwar noch gearbeitet, aber die Entwürfe lassen wenig Gutes erwarten. Statt auf eine klare Umsetzungsstrategie setzt man auf Zeitgewinn, statt eines konkreten Maßnahmenkatalogs enthält das Papier vage Vertröstungen. Ein politischer Wille der Bundesregierung, die eingegangenen Verpflichtungen aus der BRK endlich umzusetzen, ist weiterhin nicht erkennbar.





sondern setzt ihn dort ein, wo er sich am besten bewährt: an vorderster Front in der Kund:innenberatung.

Auch IKEA kann das: In der Fundgrube bei IKEA Süd unterhielt ein junger Mitarbeiter alle anwesenden Kund:innen, weil er ein fröhliches, selbstgereimtes Liedchen vor sich hin trällerte. Er besang alles, was er gerade tat: Ordnung in den Regalen machen und nachschlichten. Es dauerte keine fünf Minuten und wir alle hatten allerbeste Laune und summten mit. Das Besondere daran? Matthias hat Trisomie 21 und arbeitet schon seit zweieinhalb Jahren oder sogar länger in Vösendorf. Anstellung am ersten Arbeitsmarkt. Dauerhaft und unbefristet.

#### KOMMENTAR

## „die Plichta“ kommentiert ...

**I**ch brauchte einen neuen Geschirrspüler. Also ab in den Media Markt. (Hand aufs Herz: Geschirrspüler kaufen zählt nicht zu meinen Lieblingsbeschäftigungen.)

Gleich das erste Modell hatte eine Bestecklade. Die wollte ich genauer inspizieren. Ich zog die Lade heraus, ging in die Hocke, und dann pasierte es: Ein Mitarbeiter trat hinter mich, begrüßte mich, griff über meine Schulter, erklärte mir, dass diese mit ein, zwei Handgriffen, die er auch gleich vorzeigte, so umgebaut werden kann, dass im Korb darunter Gläser bruchsfest untergebracht werden können, zeigte mir, dass der obere Korb höhenverstellbar ist, natürlich mit nur einem Handgriff, den er auch gleich ausführte, und dann fragte er: „Darf ich, bitte?“ und wollte mir auch noch die Vorzüge des ganz untersten Korbes vorführen. Dazu war ich ihm aber im Weg. Ich erhob mich, drehte mich um und erschrak: Der Mitarbeiter war blind. Und ich sprachlos.

Er half mir gekonnt aus der verlegenen Situation, indem er munter weiter plauderte, die Stäbe im untersten Korb auf-, um- und zuklappte, Energie- und Wasserverbrauch herunterbetete, Informationen zum Hersteller lieferte und jede Frage beantwortete, noch bevor ich sie stellen konnte.

Am Ende unseres Gesprächs konnte ich ihm direkt in die Augen schauen und war mir sicher, dass er spürte, wie ich im Umgang mit ihm von Moment zu Moment sicherer wurde und in meiner Unbeholfenheit nicht mehr an ihm vorbeischaute.

Was ich damit erzählen möchte: Das Recht auf Arbeit inkludiert die Möglichkeit eines jeden Menschen, den Lebensunterhalt mit einer Arbeit zu verdienen, die den Fähigkeiten entspricht. Dieser Mitarbeiter ist ein begnadeter Kund:innenberater und Verkäufer. Die HR-Abteilung von Media Markt „versteckt“ ihn aber nicht am Help-Desk in einem Büro,



#### DIE AUTORIN

Ulrike Plichta

Die studierte Philosophin, Coach und Unternehmensberaterin analysiert und optimiert Arbeitsprozesse in verschiedenen nachhaltigen Projekten. Sie fokussiert dabei auf die Kernkompetenzen der Beteiligten, strickt Netzwerke, erfindet überholte und in die Jahre gekommene Organisationsabläufe neu, schaut darauf, dass sich alle wohl fühlen, mit dem was sie tun, und dass trotzdem was weitergeht.

Die Dokumenten verbergen Schicksale homosexueller Menschen im Nationalsozialismus.



# Homosexualität und Nationalsozialismus

ZEHNTEILIGE VORTRAGSREIHE VON MAI BIS NOVEMBER 2022 IN WIEN



## DER AUTOR

Andreas Brunner

Aktivist in der LGBTIQ-Community, Mitbegründer der Regenbogenparade, Co-Leiter von QWIEN – Zentrum für queere Geschichte. Zahlreiche Publikationen und Ausstellungen sowie Stadtführungen, die LGBTIQ-Geschichte in Wien sichtbar machen.

Die Österreichische Liga für Menschenrechte setzte sich schon in den frühen 1950er-Jahren für die Abschaffung der strafrechtlichen Verfolgung Homosexueller ein und thematisierte in diesem Zusammenhang auch das Schicksal dieser Opfergruppe in der NS-Zeit. Es sollte noch bis 2005 dauern, bis in Österreich Homosexuelle als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt wurden. Der Wissensstand über die nationalsozialistische Homosexuellenverfolgung blieb aber weiterhin sehr niedrig. Gegen diese Wissensdefizite richtet sich die niedrigschwellige Vortragsreihe „Homosexualität und Nationalsozialismus“. Verteilt auf verschiedene Orte in der Stadt, werden dabei unterschiedliche Fragen des Strafrechts und der Verfolgung, der Täter\*innenschaft sowie der Schicksale der Opfer in Wien 1938–1945 erörtert. Die Vorträge sollen im Anschluss als Buch veröffentlicht werden.

Bisher fanden drei Termine statt: am 25. Mai 2022: Andreas Brunner und Hannes Sulzenbacher, (QWIEN) „Einführung in die Geschichte der Homosexuellenverfolgung in der

NS-Zeit“. Am 1. Juni: Johann Kirchknopf, „Regional- und mikrogeschichtliche Perspektiven auf nationalsozialistische Maßnahmen zur Bekämpfung der Homosexualität und deren Umsetzung in Wien“. Und am 15. Juni: Magdalena Bauer, „Von enthemmten und gezügelten Trieben. Psychiatrische Gerichtsgutachten über homosexuelle Personen in der Zeit des Nationalsozialismus“.

Den Vortragenden ist es ein Anliegen, Forschungsarbeiten junger Wissenschaftler\*innen, die an der Universität Wien zum Thema Homosexualität und Nationalsozialismus geforscht haben, vorzustellen. Die Vorträge finden an zehn verschiedenen Orten statt. Sie sollten nicht in einen akademischen Elfenbeinturm verbannt werden, sondern das Thema zu den Menschen bringen. Daher wurden Orte in ganz Wien gesucht. Darunter das VWI – Simon-Wiesenthal-Zentrum, das Volkskundemuseum, das Yella Yella! in der Seestadt, die Brunnenpassage oder die HOSI Wien.

Informationen über weitere Termine im Herbst: [qwien.at](http://qwien.at)

# Weil er sich nicht länger am Krieg beteiligen wollte

DIE GEMEINDE HASLACH EHRT DEN DESERTEUR JOSEF STEFFELBAUER.

In der über 400-seitigen Ortschronik der oberösterreichischen Gemeinde Haslach an der Mühl sind der Zeit des Nationalsozialismus ganze dreizehn Seiten gewidmet. Anhand der knappen Chronologie lässt sich Zeitgeschichte nicht verstehen, meinte der Schriftsteller Peter Paul Wiplinger und machte sich auf die Suche nach den verborgenen Geschichten des Orts. Er stellte Fragen, die vorerst niemanden zu interessieren schienen. Wer hat sich an der „Mühlviertler Hasenjagd“ beteiligt, wer hat seine Mitbürger denunziert, wer hat den Pfarrer bedroht, als er 1945 die weiße Fahne hisste? Aber auch, wer hat den Schopper-Loisl versteckt, als man ihn zum Abtransport nach Hartheim gesucht hat?

Haslachs Umgang mit der Vergangenheit wies den für viele österreichische Gemeinden typischen Verlauf auf. Ab 1938 machte die NS-Vorbildgemeinde Adolf Hitler zum Ehrenbürger, benannte den Marktplatz in Adolf-Hitler-Platz um. Die Straßentafeln wurden nach Kriegsende abmontiert, doch die Ehrenbürgerschaft blieb trotz eines Antrags der SPÖ im Gedenkjahr 1988 aufrecht. Der Gemeinderat konnte sich erst 16 Jahre später durchringen, diese zu annullieren. Die örtliche Gedächtniskultur spielte sich vorwiegend am Kriegerdenkmal ab, dort wurde der opferbereiten Helden des Ersten und Zweiten Weltkriegs gedacht.

Der ein Jahr nach Kriegsende in Haslach geborene Peter Paul Wiplinger forderte daher, diesen Gedenkort auch anderen Opfern des Nationalsozialismus zu widmen. Keine leichte Aufgabe, dem ein Paradig-

menwechsel in der Betrachtung der Ortsgeschichte vorangehen musste. Umging man bisher die Schuldfrage durch kollektives Schweigen, erkannte man durch Wiplingers Engagement, dass die Beschäftigung mit den „dunklen Flecken“ dem Ort keinen Schaden zufügt, sondern seiner Bevölkerung Respekt und Anerkennung verschafft. Endlich die „Wahrheit eines Ortes“ sichtbar zu machen ist der Gemeinde Haslach gelungen. Die Kranzniederlegung am Kriegerdenkmal steht nun unter einem anderen Zeichen. Genau hier hat man eine Euthanasie-Gedenkstätte mit den Namen der Opfer und eine Gedenktafel für den Wehrmachtsdeserteur Josef Steffelbauer errichtet, der „aus der Deutschen Wehrmacht desertierte, weil er sich nicht länger am Krieg beteiligen und für die Verbrechen der Wehrmacht mitverantwortlich sein wollte.“ Erst letztes Jahr richtete Peter Paul Wiplinger, der auch langjähriges Mitglied der Österreichischen Liga für Menschenrechte ist, ein Schreiben an den Haslacher Bürgermeister, in dem er sich für die Errichtung der Gedenktafel einsetzte.

Der ledige römisch-katholische Fabrikarbeiter Josef Steffelbauer lehnte den Krieg ab. Zunächst Funker beim Luftwaffennachrichtendienst, dann Obergefreiter, entzog sich der Vierundzwanzigjährige dem Kriegsdienst. Seine Mutter erzählte, dass er sich bei einem Freund „draußen im Reich“ versteckt habe, dann verraten und auf der Flucht in Augsburg angeschossen wurde. Wiplinger ging dem Tod seines Cousins Steffelbauer nach und wurde fündig. Der Obduktionsbericht weist auf mangelnde ärztliche Hilfe

hin, der junge Mann verblutete vier Stunden nach Einlieferung in ein Lazarett. Im Februar 1943 fand das stille Begräbnis in Haslach statt. Im Ort sprach man nicht über den „Fahnenflüchtigen“. Heute ist Josef Steffelbauer ein Symbol des Widerstands, verbrecherischen Regimen den Gehorsam zu verweigern.

In Zeiten des Ukraine-Kriegs setzte Haslach ein deutliches Zeichen, Peter Paul Wiplinger findet klare Worte: „Was wir längst schon wissen oder endlich wissen müssten, ist, dass ein Krieg heute eben kein ‚Krieg‘ mehr ist, sondern die wahllose und empathielose Zerstörung von Leben und menschlicher Zivilisation. Und dass diese nie eine Basis für die Lösung eines Konfliktes sein kann, sondern ein sinnloser und unakzeptabler Anachronismus in der Menschheitsgeschichte ist.“

**Peter Paul Wiplinger setzte sich für die Errichtung der Gedenktafel für den Kriegsgegner Josef Steffelbauer ein.**



# Das Menschenrecht auf Verständigung

AKTUELLES AUS DER TRANSLATIONSWISSENSCHAFT

**S**prache ist eines der grundlegendsten Verständigungsmittel der Menschheit. Als solches weiß sie zu verbinden, schafft Diversität und ist ein Sinnbild für Kultur, stellt uns aber regelmäßig auch vor kommunikative Herausforderungen. Das wird besonders deutlich, wenn die Verwirklichung grundlegender Menschenrechte von sprachlicher Verständigung abhängt. In diesen Fällen wird häufig Unterstützung durch Translation benötigt – Übersetzer:innen und Dolmetscher:innen werden als Ermöglicher sprachübergreifender Kommunikation dabei zu Schlüsselfiguren. Die grundlegende Frage, ob es ein Menschenrecht auf Übersetzung gibt, kann definitiv bejaht werden – mit Blick auf die rechtliche Verankerung muss jedoch zwischen expliziten und impliziten Rechten unterschieden werden. Ein Beispiel: Für das Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit (Art. 12, UN-Sozialpakt), inkl. Genuss medizinischer Einrichtungen und ärztlicher Betreuung, scheint es naheliegend, dass die beste Gesundheitsversorgung nur schwerlich garantiert werden kann, wenn Diagnosen oder Behandlungspläne von Patient:innen nicht (vollständig) verstanden werden – ein verbrieftes Recht auf Translation gibt es in diesem Fall jedoch nicht.

Anders im Bereich des Strafverfahrens: Hier ist das Recht auf unentgeltliche Beiziehung von

Dolmetscher:innen als Bestandteil des fairen Verfahrens fest verankert, u.a. in der Europäischen Menschenrechtskonvention, im UN-Zivilpakt und nicht zuletzt in diversen EU-Richtlinien (2010/64/EU, 2012/29/EU), die dieses Recht neben Angeklagten z.B. auch Opfern von Straftaten zusprechen. Die Kosten dafür müssen vom Staat getragen werden. Das gilt nicht nur für Hauptverhandlungen vor Gericht, sondern auch bereits in einem von der Polizei oder Staatsanwaltschaft geführten Ermittlungsverfahren. Dabei sind die rechtlichen Rahmenbedingungen als Mindestgarantien zu verstehen, die formal für die Wahrung der Verfahrensrechte sorgen, für die Praxis jedoch zum Teil recht unspezifisch erscheinen.

Die praktischen Realisierungsbedingungen von Translation hängen von zahlreichen Faktoren ab, u.a. vom Bewusstsein und Engagement der beteiligten Personen. Das beginnt bereits bei der Frage, wer von Gerichten und Polizei als Dolmetscher:in bestellt und welche Qualifikation verlangt wird. Auch Art und Umfang des Dolmetschens im Strafverfahren variieren teils massiv. Zusätzlich gibt es nach wie vor Missverständnisse über die grundsätzlichen Funktionsweisen des Übersetzens und Dolmetschens. So wird häufig noch davon ausgegangen, eine Wort-für-Wort-Übersetzung bzw. Dolmetschung wäre die akkurateste Variante – ein Mythos, der keiner translatorischen Theorie standhält.





**Podiumsdiskussion am 18. Mai im Pop-up-Store der Uni Graz: Rafael Schögler, David Weiss (beide Institut für Translationswissenschaft, Universität Graz), Barbara Schwarz (Straflandesgericht Graz), Susanne Präsent-Winkler (zertifizierte Gerichtsdolmetscherin), Reinhard Gartner (Landeskriminalamt Steiermark), v.l.**



Im Gegenteil: Häufig wird erst durch die Anpassung der Worte ein unverfälschtes Übermitteln der zugrundeliegenden Aussage ermöglicht.

Bei einer vom Institut für Translationswissenschaft der Universität Graz organisierten Podiumsdiskussion am 18. Mai (mit Vertreter:innen von Justiz, Polizei, Gerichtsdolmetschwesen und Translationswissenschaft) wurden unter anderem die Auswirkungen des Dolmetschens auf Vernehmungssituationen („die Unmittelbarkeit fehlt“) und die enorme Vertrauensstellung der Dolmetschenden diskutiert. Dabei wurden auch die Gebühren für Gerichtsdolmetscher:innen zur Sprache gebracht, die in keiner Relation zu ihrer Verantwortung stehen. Mit Juli 2022 wird zwar eine Erhöhung vorgenommen, insgesamt entspricht die Entlohnung aber weiterhin nicht dem Niveau in anderen Bereichen. Unterdessen fehlt es dem Gerichtsdolmetschwesen an Nachwuchs – das Durchschnittsalter der zertifizierten Gerichtsdolmetscher:innen liegt bei über 60 Jahren. Mit Blick auf die Zukunft wurde auch die Zuschaltung von Dolmetscher:innen via Video bzw. Videoverhandlungen im Allgemeinen diskutiert, die durch den Wegfall persönlicher Präsenz mit Faktoren wie Körperhaltung, Mimik und Gestik wiederum neue Herausforderungen mit sich bringen würden.

Das Menschenrecht auf Verständigung durch Translation wird in Österreich selten öffentlich thematisiert,

was daran liegen mag, dass trotz reicher vielsprachiger Geschichte ein Selbstverständnis als monokultureller, einsprachiger Staat besteht, in dem wenig Notwendigkeit für spezifische Sprach- und Translationspolitiken gesehen wird. Translation wird oft eher als „notwendiges Übel“ denn als legitime Form der Verständigung betrachtet. Fraglich ist, inwieweit dieser Zugang in einer postmigrantischen Gesellschaft zu halten sein wird, vor allem angesichts des Umstandes, dass der Einsatz von Übersetzer:innen und Dolmetscher:innen in vielen Bereichen nicht nur Verständigung ermöglicht, sondern auch Menschenrechtsschutz garantiert. Um die Bedingungen dafür zu verbessern, braucht es Bewusstseinsbildung, gemeinsame Anstrengungen aller beteiligten Berufsgruppen, interdisziplinäre Forschungsbemühungen und nicht zuletzt politische Initiativen zur Schaffung der nötigen Voraussetzungen.



**DER AUTOR**

David Weiss

DOC-Stipendiat der Österreichischen Akademie der Wissenschaften am Institut für Translationswissenschaft der Universität Graz. Er forscht für seine Dissertation zu Translationspolitik und Translationskultur in Strafverfahren aus menschenrechtlicher Perspektive.





# Arbeit für alle: Es darf keinen Unterschied machen, woher jemand stammt

VOM SCHWIERIGEN ARBEITSMARKTZUGANG FÜR  
GEFLÜCHTETE MENSCHEN IN GRUNDVERSORGUNG

**W**arum sollte eine Asylwerberin aus Afghanistan, die es geschafft hat, eine Beschäftigungsbewilligung vom AMS zu erhalten, schwerer Zugang zum Arbeitsmarkt haben als eine Ukrainerin?

Zwei Frauen auf der Flucht. Beide leben in der staatlichen Grundversorgung. Ein Unterstützungssystem, das eigentlich dafür eingerichtet ist, Menschen, die in Österreich um Asyl ansuchen, während ihres Asylverfahrens ein Dach über dem Kopf, eine Krankenversicherung und ein bisschen Essen zu bieten. In Grundversorgung zu leben heißt also, eine Basisversorgung zu haben, die noch viel geringer ist als die Sozialhilfe. Es ist eine Notlösung. Und die Zeitdauer für diese Notlösung sollte so kurz wie nötig sein. Für alle.

Und dann noch das Problem mit dem Zuverdienst: Wer mehr als 110 Euro zum geringen Grundversorgungs-Taschengeld dazu verdient, verliert den Wohnplatz in der Unterkunft.





Teheran, 2018

**DER AUTOR**

Christoph Riedl

Experte für Asyl, Integration und Menschenrechte der Diakonie. 20 Jahre Diakonie Flüchtlingsdienst, 13 Jahre davon als Geschäftsführer. Seit Mai 2016 sozialpolitische Grundlagenarbeit. Aufgaben: Vernetzung mit anderen Flüchtlingsorganisationen in Österreich und auf europäischer Ebene sowie die Vermittlung der asyl- und integrationspolitischen Positionen der Diakonie gegenüber Behörden und Politik.

### Ukraine-Vertriebene im System „Grundversorgung“

Als im Frühjahr 2022 tausende Ukrainer:innen in Österreich ankamen, war klar, dass sie fürs Erste in Grundversorgungsquartieren untergebracht werden mussten. Damit wird aber auch ein System sichtbar, das den Anforderungen an eine moderne staatliche Unterbringung und Betreuung längst nicht mehr gerecht wird. Ukrainer:innen haben von Beginn an einen Schutzstatus und Zugang zum Arbeitsmarkt. Das spiegelt sich mit dieser Art der Basisversorgung, für die Hilfsbedürftigkeit Voraussetzung ist.

In den Grundversorgungsquartieren leben derzeit also drei Gruppen mit jeweils verschiedenem „Status“:

- > Asylsuchende, die auf den Ausgang ihres Verfahrens warten,
- > Menschen, die bereits einen Schutz haben (Subsidiär Schutzberechtigte), aber keinen Anspruch auf Sozialhilfe\*,
- > und seit Kriegsausbruch in der Ukraine im Februar 2022 auch noch die Ukraine-Vertriebenen.

Während Subsidiär Schutzberechtigte Zugang zum Arbeitsmarkt haben, brauchen Asylsuchende und Ukraine-Vertriebene dafür eine Beschäftigungsbewilligung. Ukrainer:innen bekommen diese unbürokratisch, Asylsuchende nur nach einem sogenannten „Ersatzkraftverfahren“, in dem geschaut wird, ob den Job nicht jemand anderer haben will. Das gelingt aber nur in Ausnahmefällen.

Das ist der Moment, wo die Geschichte seltsam wird: Ein neues Gutachten des Innenministeriums soll rechtfertigen, dass nur Ukrainer:innen mehr als die üblichen 110 Euro zur Grundversorgung dazu verdienen dürfen. Die anderen oben beschriebenen Gruppen nicht. Begründet wird diese Entscheidung mit dem jeweils unterschiedlichen Status. Dieser würde die Ungleichbehandlung rechtfertigen.

### Diese Ungleichbehandlung ist nicht gerechtfertigt

Alle drei Gruppen haben einen Zugang zum Arbeitsmarkt – mit unterschiedlich hohen Hürden. Wenn sie alle Hürden gemeistert haben, dann dürfen sie zu arbeiten beginnen.

Es sollte im Interesse der Gesellschaft sein, jede:n, der oder die arbeiten und sich selbst erhalten kann und möchte, zu unterstützen. Arbeit über die Hintertür des „Unterstützungssystems“ Grundversorgung zu verunmöglichen, ist nicht besonders klug.

### Ein vernünftiges Betreuungssystem

Ein vernünftiges Betreuungssystem würde Arbeitseinkommen fördern und nicht behindern, damit Menschen so früh wie möglich ohne Unterstützung auskommen können. Niemandem darf auf Dauer ein effektiver Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt werden. Das aktuelle System Grundversorgung braucht endlich eine grundlegende Reform.

\* aufgrund von Sozialhilfe-Gesetzesänderungen der letzten Jahre ist ihnen dieses Recht in den meisten Bundesländern verwehrt worden.

„Es sollte im Interesse der Gesellschaft sein, jede:n, der oder die arbeiten und sich selbst erhalten kann und möchte, zu unterstützen.“

# Damit sich die Dinge zum Besseren wenden

DIE LIGA GRATULIERT DER ASYLKOORDINATION.

**D**er Ehrenpreis der Bruno Kreisky Stiftung für Verdienste um die Menschenrechte wird seit 2007 für ganz besonderes Engagement und nachhaltige Verdienste zur Durchsetzung, Förderung und Weiterentwicklung der Menschenrechte verliehen. Dieses Jahr hat die asylkoordination den Preis erhalten. Die feierliche Verleihung fand am 23. Juni 2022 im Bruno Kreisky Forum statt, die Laudatio hielt die Journalistin Nina Horaczek, hier einige Auszüge aus der Rede:

„Die asylkoordination ist seit ihrer Gründung für die Menschen da, die auf ihrer Flucht in Österreich gelandet sind. Für deren Rechte kämpft sie – für das Recht auf ein faires Asylverfahren, für das Recht auf eine menschenwürdige Unterbringung und Behandlung während des Asylverfahrens.“

„Hier sind Menschen, die haben einen Auftrag, die stehen klar auf der Seite der Geflüchteten. Die sind parteiisch. Sie kritisieren aber nicht nur, sondern ihre Kritik hat auch eine wissenschaftlich und rechtlich fundierte Basis.“

„Schon ganz früh, im Jahr 1988, machte sich damals eine kleine Gruppe auf den Weg, um nachzuschauen, wie es zugeht in den neuralgischen Punkten des österreichischen Asylwesens. Es war eine richtige Fact Finding Mission, die von diesen Pionierinnen und Pionieren der Asylbewegung veranstaltet wurde. Ein Jahr später, im September 1991, wurde die asylkoordination dann offiziell gegründet. Als eine Dachorganisation, die die verschiedenen Initiativen und auch die zahlreichen engagierten Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfer im Asylbereich vernetzt.

Als Pressure Group, die Druck erzeugt, damit sich die Dinge zum Besseren verändern.“

„Seien es die miserablen Bedingungen in den Flüchtlingsunterkünften, rechtswidrige Asylbescheide, das Vermessen von Jugendlichen inklusive des Zählens der Schamhaare zur Altersfeststellung oder auch zuletzt die illegalen Push-Backs an Österreichs Grenzen. Davon wissen wir nur dank der asylkoordination.“

„Und wenn ich jetzt noch am Schluss ganz kurz zurückschaue: Löschnak, Einem, Schlögl, Strasser, Platter, Prokop, Fekter, Mikl-Leitner, Sobotka, Kickl, Peschorn, Nehammer, Karner – es ist schon eine ziemliche Ahnengalerie, die ihr überlebt habt. Darauf könnt ihr stolz sein, liebe Menschen von der asylkoordination. Ich verneige mich vor eurer Arbeit und wünsche gutes Feiern.“



**Ehrenpreis für die asylkoordination: Oliver Rathkolb (Exekutivdirektor der Bruno Kreisky Stiftung für Verdienste um die Menschenrechte), Nina Horaczek (Laudatorin), Anny Knapp (asylkoordination) und Ewald Nowotny (Kuratoriumsvorsitzender)**

## GRUSSBOTSCHAFT DER ASYLKOORDINATION:

„Wir sind Kreisky!  
... na ja, vielleicht wäre es doch zu vermessen, sich mit dem großen österreichischen Staatsmann auf eine Stufe zu stellen;  
... aber ja, wir haben ihn bekommen, den „Ehrenpreis der Bruno Kreisky Stiftung für Verdienste um die Menschenrechte“;  
... warum? Dafür liefern wir jede Woche Beispiele unseres Engagements;  
... und ja, der Preis ist auch eine finanzielle Anerkennung.“

Was wir aber weiterhin brauchen, sind regelmäßige Spenden!  
[asyl.at/de/spenden/](https://asyl.at/de/spenden/)



**SCHWERPUNKT**   
**THEMIA SPORT**

KOMMENTAR

# Menschenrechte, Politik und Sport



**R**ussland führt gegen die Ukraine einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, in dem laufend Kriegsverbrechen begangen und Menschenrechte verletzt werden. Als Reaktion gibt es auch im Sport internationale Sanktionen. Russische Athleten und Mannschaften wurden und werden mehrheitlich von internationalen Wettbewerben ausgeschlossen. Doch der Sport sollte darüber hinaus seine Lehre ziehen, sich politischen Stellungnahmen nicht zu verweigern. Naivität wäre bei der Ignoranz von Menschenrechtsthemen schon schlimm genug, die Profitgier oder gar Komplizenschaft mit Diktatoren noch viel schlimmer.

**1** Die Behauptung vom unpolitischen Sport ist schlicht- und einfach Unsinn. Weltverbände des Sports – etwa das internationale Olympische Komitee (IOC) sowie jeweils in den ersten Artikeln ihrer Statuten die Fußballvereinigungen FIFA und UEFA – haben ausdrücklich Frieden und Völkerverständigung zum Ziel. Was eindeutig politische Ziele sind. Da kann man sich nicht neutral beobachtend geben, wenn Russland gegen die Ukraine ansatzlos einen brutalen Krieg beginnt.

**2** Genauso ist Antidiskriminierung ein statutarisches Ziel von Sportorganisationen. Wenn wie bei der Fußball-EM 2021 gegen Rassismus und für die Rechte homosexueller Menschen protestiert wird und die Welt von der Politik über die Wirtschaft bis zur Kultur dabei klar Stellung bezieht, kann der Sport unmöglich die Position „Nur ned anstreifen!“ einnehmen. Werden also überall Sanktionen gegen Russland diskutiert und verhängt, betrifft das selbstverständlich genauso Fußball, Autorennen, Skifahren & Co.

**3** Das anfängliche Abwarten der Sportverbände stand unter dem Generalverdacht, dass man nicht aus der eigenen Komfortzone herauswill oder gar – Stichwort das russische Erdgasunternehmen Gazprom als Fußballsponsor – zu sehr an seinen finanziellen Vorteil denkt. Wer wirksame Sanktionen will, kann nicht weitermachen wie bisher.

**4** Das Problem ist, dass Verbände und Funktionäre im Sport teilweise mit Vladimir Putin „verhabert“ waren. FIFA-Präsident Gianni Infantino etwa herzte Putin auf Fotos. Bei der Fußball-WM 2018 erklärte Infantino, dass alle in das Veranstalterland Russland verliebt wären. Er selbst fühle sich dort „wie ein Kind im Bonbongeschäft“. Prompt hat die FIFA anfangs Russland nicht von ihren Bewerbungen ausschließen wollen.

**5** Das tat man erst, als mit Polen an der Spitze immer mehr prinzipientreue Länder erklärten, gegen Russland keinesfalls anzutreten. Ohne fragwürdige Rücksicht auf enge Verbindungen und Geschäfte mit Russland, dessen undemokratische und korrupte Zustände in Kauf genommen wurden. Bei manchen Wertsportverbänden wie im Fechten waren russische Oligarchen die Präsidenten.

**6** Was ist der Anteil Österreichs? Nach dem Motto „Nur kane Wellen“ waren wir wenig ruhmreich abwartend. Der Österreichische Fußballverband (ÖFB) hat alle Sportsanktionen gegen Russland begrüßt. Allerdings erst, nachdem die FIFA Russland ausschloss. Vorher war Funkstille. Wir waren nicht unter jenen Ländern, die der zögerlichen FIFA erklärten, nicht gegen Russland zu kicken: England als Mutterland des Fußballs und Wales als unser

Gegner im Playoff sowie Frankreich, Irland, Norwegen, Schottland, Schweden, Tschechien, und, und, und.

**7** Im Wintersport war zeitlich die Verlockung groß, den Weg des geringeren Widerstands zu gehen. Hier enden die Weltcups im März. Danach hätte das Ausschluss- und Boykottthema bis zum Herbst niemand interessiert. Beim Österreichischen Skiverband (ÖSV) war zuerst langes Schweigen. Dann sprach Präsidentin Roswitha Stadlober sich eines Abends im Fernsehen gegen den Ausschluss russischer Sportler aus. Am nächsten Vormittag schloss der internationale Skiverband die Russen aus. Plötzlich war der ÖSV energisch dafür.

**8** „Die Sportler können ja nichts dafür!“ Das war Stadlobers Argument, warum man lediglich ein Antreten mit russischer Flagge und Hymne verbieten soll. Hm. Naja. Jein. Bei den Olympischen Winterspielen in Peking 2022 durften russische Sportler nach Staatsdoping nur ohne Staatssymbole starten. In Russland wurde geschickt gerechnet und trotzdem gefeiert, man hätte von allen Ländern die zweitmeisten Medaillen gewonnen. Nach der Zahl der Goldmedaillen lag Russland hinter Österreich auf dem neunten Platz.

**9** So eine Propaganda würde Vladimir Putin bei jedem Sporterfolg unverändert betreiben. Selbst wenn alle Russen nackt statt in Nationaldressen starten müssten. Hinzu kommt, dass nicht bloß russische Verbände und deren Funktionäre mit Sicherheit Parteigänger Putins sind. Unter den Sportlern sind viele Stars als hochdotierte Staatshelden voll auf Putins Linie.

**10** Kritik beschränkt sich daher im besten Fall auf allgemeine „Bitte kein Krieg!“-Bekundungen. Eishockeysuperstar Alexander Ovechkin posiert im Internet parallel dazu weiterhin Seite an Seite mit Putin. Mehrere Wintersportler aus Russland haben üble Hasspostings gegen die Ukraine verfasst. Regimegegner sind selten, weil sie ja gar nicht erst in eine russische Nationalmannschaft aufgenommen werden.

Natürlich ist der Ausschluss auch ein Berufsverbot für Sportler, die sich nichts vorzuwerfen haben. Das freilich gilt für alle Sanktionen. Eine Bankangestellte oder Stewardess ist von den Maßnahmen gegen Sberbank und Aeroflot existenzgefährdend betroffen. Sportstars muss man weniger bemitleiden.



**DER AUTOR**

Peter Filzmaier

Professur für Demokratiestudien und Politikforschung  
 an der Donau-Universität  
 Krems und Professur für  
 Politische Kommunikation  
 an der Karl-Franzens-  
 Universität Graz

# Den Finger in die Wunde legen...

VIELLEICHT ÜBERRASCHT ES DEN EINEN ODER DIE ANDERE LESERIN. ABER NICHT ZULETZT AUFGRUND DER BEVORSTEHENDEN – VIELDISKUTIERTEN – FUSSBALL-WELTMEISTERSCHAFT IN KATAR SETZT SICH DIE LIGA IN DIESEM JAHR INTENSIV MIT DEM THEMA SPORT AUSEINANDER. DAZU EIN INTERVIEW MIT LIGA-PRÄSIDENTIN BARBARA HELIGE.

## ***Ist der Sport wirklich ein wichtiges Thema für eine Menschenrechtsorganisation?***

Barbara Helige: Die Liga für Menschenrechte zeichnet sich in erster Linie dadurch aus, dass sie sehr breit beobachtet und versucht, das ganze Feld abzudecken. Menschenrechte – wie auch deren Verletzung – gibt es in den verschiedensten Teilbereichen des Lebens. Und einer dieser Bereiche ist eben der Sport. Die menschenrechtlichen Probleme, die rund um die Veranstaltung in Katar aufgetreten sind, zeigen das ganz deutlich.

## ***Hängt das damit zusammen, dass die Politik hier eine maßgebliche Rolle spielt?***

Menschenrechte sind eine politische Frage. Der Sport hingegen bezeichnet sich ja gerne als unpolitisch. Genau das stimmt nicht. Sport ist sehr wohl politisch. Denn er besitzt so eine gewaltige Strahlkraft: Alles, was man damit verbindet, wird positiv gesehen. Das hängt sicher auch damit zusammen, dass es beim Sport um so etwas wie einen fairen Wettbewerb geht – und dabei sehr

oft um messbare oder um bewertete Gerechtigkeit. Letzteres dort, wo Leistungen von Schiedsrichtern bewertet werden, wie etwa beim Turnen. Das ist eine Form der Gerechtigkeit, wo viele Menschen gut mitkönnen. Und die im Wesentlichen anerkannt ist.

Außerdem geht es im Sport um gemeinsame Tätigkeit. Und vor allem bei internationalen Wettbewerben um den Austausch zwischen Menschen verschiedener Länder. Da ist vor allem der olympische Gedanke etwas Bestechendes und von der Idee her völkerverbindend. Athletinnen und Athleten sind sehr oft – jenseits ihrer Nationalität – Vorbilder.

## ***Das heißt, wenn es zu Verfehlungen oder Missständen kommt, sind die Auswirkungen besonders schmerzhaft. Hat der Fußball hier auch noch eine Sonderstellung?***

Fußball hat eine Sonderstellung, weil es sich dabei um einen Sport handelt, den die Menschen praktisch auf der ganzen Welt kennen und verstehen. Und dort, wo weltweit

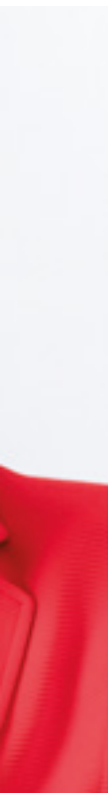


## INTERVIEW

Menschen in seinen Bann gezogen werden, sind diejenigen, die das ausnützen wollen, nicht weit. Das heißt, bei jenen, die Sportveranstaltungen ausrichten, geht es nicht immer um laudable Motive. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte zeigt ...

## ***Zwischenruf: Hängt das nicht auch mit der immer weiter zunehmenden Kommerzialisierung zusammen?***

Bei manchen – nicht allen – Sportarten geht es um wahnsinnig viel Geld. Und besonders viel Geld ist hier eben im weltumspannenden Sport Fußball zu machen. So hat



David Beckham als Werbefigur für Katar eine unglaubliche Summe bekommen. Und gerade die Länder, die von der Menschenrechts-Situation in ihrem eigenen Land ablenken wollen – siehe Sotschi, siehe China – sind interessiert daran, diesen Fairnessgedanken als Marketingeffekt auf ihr Land zu übertragen.

In diesen meist autoritär geführten Ländern ist es auch unkomplizierter, die Kosten zu stemmen, weil die Bevölkerung bei den Finanzen kein Mitspracherecht hat und man den Menschen die öffentlichen Mittel leichter wegnehmen kann. Es wundert einen ja auch, dass es Kandidaten ohne ideale sportliche Voraussetzungen – Sotschi, Olympische Winterspiele in Peking oder jetzt eben Katar – schaffen, die Vergabe an ihre Länder zu ziehen. Da ist natürlich sehr oft Korruption mit im Spiel.

***Bekanntlich sitzen die ehemaligen FIFA-Granden Platter und Platini wegen Malversationen jetzt sogar auf der Anklagebank, weil es beim Weltfußballverband***

***offenbar viel Geld und wenig Kontrolle gibt. Menschenrechtsfragen zum Beispiel sind bei der Vergabe anscheinend kein Kriterium?***

Es schaut so aus. Besonders schlimm ist, wenn sich Menschenrechtsverletzungen, die in Ländern wie etwa Katar notorisch sind, bei der Veranstaltungsorganisation fortsetzen. Die für die Bauarbeiten etc. eingesetzten Arbeitskräfte waren praktisch alle Arbeitsmigranten, die ähnlich wie Sklaven behandelt wurden. So durften sie unter anderem ohne Zustimmung ihres Arbeitgebers das Land nicht verlassen. 6.500 Menschen sollen bisher gestorben sein. Die Zahl ist nicht verifiziert, aber man weiß, dass viele umgekommen sind.

***Was kann man als Menschenrechtsorganisation dagegen unternehmen?***

Einerseits den Finger in die Wunde legen. Der erste Schritt unserer Beschäftigung damit ist, den Menschen bewusst zu machen, welche Probleme es gibt. Und dann gilt es, hier auch mit einflussreichen

Institutionen zu kooperieren. So haben Ende Mai etwa Amnesty International und Human Rights Watch gemeinsam mit Gewerkschaften von der FIFA gefordert, 400 Mio. Euro Entschädigung für die Arbeiter in Katar zu zahlen.

***Und gibt es hier eine Chance auf Umsetzung?***

Die Lenkung der Aufmerksamkeit auf das Problem hat ja in Katar sogar Erfolge gezeitigt. Reformen haben eine gewisse Verbesserung gebracht. Das wird sogar von den Gewerkschaften anerkannt. Katar hat auch Menschenrechtsdokumente unterzeichnet. Die Frage ist halt nur, wie nachhaltig diese Reformen wirken.

Was die Forderung nach Schadenersatzzahlungen für die Arbeiter zeigt: In der Relation zu den bei der FIFA vorhandenen Mitteln braucht es eigentlich sehr wenig, um diese hart arbeitenden Menschen menschenwürdig zu bezahlen und zu beschäftigen. Vor allem, wenn man sieht, mit welchen Summen sonst – ich erwähne nochmals das



Werbesujet Beckham – jongliert wird und wie unglaublich reich die FIFA ist. Ob hier der Druck etwas bewirkt, wird man sehen.

***Zurück zum Sport und seinen Protagonisten. Was kann man von ihnen erwarten?***

Ich finde, es wäre unfair, die „Last der Moral“ den einzelnen Sportlerinnen und Sportlern aufzuerlegen. Sport ist ihr Beruf – und da sollten sie sich an die Regeln halten, die für alle anderen Berufe auch gelten. Nehmen wir Russland als Beispiel: Obwohl Russland schon völkerrechtswidrig die Krim besetzt hatte und Menschenrechte missachtete, hielt man engsten wirtschaftlichen Kontakt, Managerinnen und Manager reisten hin und arbeiteten dort. Da kann man von Sportlerinnen und Sportlern kaum verlangen, sich anders zu verhalten.

***Und umgekehrt: Sollte man russische Sportlerinnen und Sportler ausschließen?***

Das halte ich dann für legitim, wenn sie sich nicht vom Angriffskrieg ihres Landes distanzieren. Wobei das

sicher im Kollektiv einfacher ist als für den oder die Einzelne. Im Kollektiv und in Verbänden tut man sich da schon leichter. Ein Beispiel: Wenn sich beim Nationscup im Match Ungarn gegen England in Budapest das englische Team vor dem Anpfiff als Demonstration gegen den Rassismus niederkniete, hatte das schon eine starke Wirkung.

***Wir haben jetzt viel über Fußball und Katar gesprochen. Wie sieht es sonst aus? Ist bei uns in Österreich alles so, wie es sein sollte?***

Also wir sollten hier nicht nur verächtlich auf den Fußball und Katar herabschauen. Das Wort Korruption können wir auch in der innerösterreichischen Gesellschaft ganz gut buchstabieren. Und ein abschließender Sidestep sei erlaubt: Auf die sozialen Grundrechte wird in Österreich vor allem bei transnational agierenden Unternehmen auch nicht so genau geschaut. So gibt es – siehe die Notwendigkeit eines Lieferkettengesetzes – noch immer keine Verantwortlichkeit für soziale Menschenrechtsverletzungen bei Arbeitnehmer:innen im fernen Ausland.

## INTERVIEW

### FÜR BECKHAM GIBT ES GELD

„An einem mangelt es jedenfalls offensichtlich nicht“, sagte Mustafa Qadri: „Cash.“ Der Gründer der Research- und Consultingagentur Equidem, die sich auf Menschen- und Arbeitsrechtsuntersuchungen spezialisiert hat, erinnerte daran, dass es sich die katarischen Weltmeisterschaftsorganisatoren 150 Mio. britische Pfund (177,1 Mio. Euro) kosten lassen, David Beckham als Werbefigur für ihre Veranstaltung auftreten zu lassen. „Warum zahlen sie nicht die Löhne und entschädigen in Schadenersatzfällen?“



# Komm zur Klima-Tour!

Wiens Klima-Flotte ist in der ganzen Stadt unterwegs und kommt direkt zu dir!

Bei den Stationen der Klima-Tour gibt es eine Mitmach-Ausstellung mit spannenden Experimenten und Informationen über die großen Zusammenhänge der Klimakrise und die Maßnahmen der Stadt. Unsere Expertinnen und Experten beantworten deine Fragen zum Thema Klima und du bekommst Tipps für den Klimaschutz im Alltag!

Alle Termine findest du unter [wien.gv.at/klimatour](https://wien.gv.at/klimatour)

**Stadt  
Wien**

[wien.gv.at/klimatour](https://wien.gv.at/klimatour)

# Applaus für den Frauenförderer

RAPID WILL AB 2024 FUSSBALLERINNEN UM PUNKTE SPIELEN LASSEN. DER BESCHWERLICHE WEG HIN ZU DIESEM ENTSCHESSUNG ZEIGT EINMAL MEHR, DASS DIE TEILHABE VON FRAUEN AN DEN TRADITIONELTEN STRUKTUREN DES SPORTS VERHANDLUNGSSACHE BLEIBT.

**D**ie Zeichen standen überraschend gut. In den Wochen vor der Ordentlichen Hauptversammlung des SK Rapid am 27. Juni, die eigentlich für den November des Vorjahres angesetzt und coronabedingt verschoben worden war, schlangen sich zunehmend Akteure des organisierten Sports dazu auf, in der (Halb-)

Öffentlichkeit ihre Unterstützung für den sogenannten Frauenfußball kundzutun. ÖFB-Präsident Gerhard Mitter etwa bemühte sich, den Journalist\*innen seinen „Wunsch“ nach Frauenteams bei allen Männer-Bundesligisten in die Mikrofone zu diktieren und mit Blick auf das Nationalteam, das im Juli bei der EURO in England antritt, eine zweite Akademie für Fußball spielende Mädchen im Westen Österreichs zu fordern.

Die eigentliche Handlungsanweisung hatte die Vereinsführung allerdings von anderer Seite zu erwarten. Der Fanclub „Vorwärts Rapid“ um Obfrau Clara Gallistl hatte einen Mitgliederantrag eingebracht, der den Verein verpflichten sollte, innerhalb eines Jahres eine Strategie zur Einrichtung eines wettbewerbsfähigen Frauenteams vorzulegen, und der laut Satzung bei mehrheitlicher Annahme bindend würde. Beim Stand von 149 unterstützenden Unterschriften trat Präsident Martin Bruckner die Flucht nach vorn an und verkündete noch vor der Abstimmung, die Vereinsführung habe sich dazu entschlossen, im Sommer

2024 erstmals Mädchen und Frauen in grün-weißen Dressen um Punkte spielen zu lassen. Schon im Vorgängerpräsidium, rekapitulierte Bruckner, habe man sich „intensiv und seriös mit dem Thema Frauenfußball beschäftigt“, eine „eigene Projektgruppe“ habe „sehr fundierte Kenntnisse erarbeitet“. Aufgrund der Pandemie habe man das Thema aber auf Eis legen müssen.

Das Thema Frauenfußball also. Mehr noch: das Thema Frauen im Fußball. Als handelte es sich bei den Bestrebungen zur Korrektur von jahrzehntealten diskriminierenden Bedingungen und Praktiken in einem Sport, der zudem in den meisten europäischen Ländern als Nationalsport gilt, um wertvollen Input, dessen Für und Wider in quartalsweise tagenden Arbeitsgruppen erörtert werden müsste, als ginge es gar um eine Tenderscheinung, die ein Ablaufdatum hat. „Frauen sind kein Thema und ein Frauenteam ist kein fucking Projekt“, hält Gallistl Trivialisierungen dieser Art entgegen. Anders gesagt: Die heute in Sportvereinen und -verbänden aktiven Funktionär\*innen, denen in vielerlei Hinsicht das Gatekeeping obliegt, mögen nicht persönlich schuld an fehlenden Mädchenkabinen, Trainerinnen oder an misogyn-



DIE AUTORIN

Mareike Boysen

Stammt aus der grün-weißen Fußballmetropole Bremen und ist in Wien als freie Journalistin tätig. Sie ist Generalsekretärin des Vereins „Wir Frauen im Sport“, moderiert Diskussionsrunden und bietet Workshops zu Frauen in der Sportberichterstattung an.



schaftlichen Reglementierung und Disziplinierung weiblicher Körper zugrunde. Ob systematische sexistische Praktiken außerdem durch eine Konkurrenz in sportlicher und unterhaltender Hinsicht angetrieben werden, ob also die Sorge, der Frauenfußball könnte so attraktiv wie der Männerfußball werden, die Journalistin Birgit Riezinger als Motivation für die ursprüngliche, die englische Verbannung von Frauen aus dem nationalen Fußballverband im Jahr 1921 herausgestellt hat, heute noch greift, lässt sich nur vermuten.

Auffällig ist durchaus, dass sich die Argumente für den Ausschluss von Frauen aus dem Spitzensport und seinen Bewerbungen seit den Zeiten, in denen Gian Franco Kasper, damals Präsident des Weltskiverbands, behauptete, Skispringerinnen liefen

weshalb die Planungen für ein Frauenteam seit Jahren nicht voranschritten, antwortete: „Wenn Rapid etwas macht, dann gescheit.“ Der gleichermaßen banale wie existenzielle Grund dafür, dass alle Argumente gegen Frauenteam und -bewerbe zu schmolgenden Pappkameraden im betonten Heim-Sektor erstarren müssen, ist nicht etwa, dass Woke-ness und Cancel Culture über sie hinwegfegten, sondern: dass es keine legitimen Argumente gibt.

Dass Rapid mit solchen Verzögerungstaktiken aus einer angenommenen Position als Richter über die Existenzberechtigung von Frauen- und Mädchenteams heraus seiner gesellschaftspolitischen Vorbildfunktion als Sportverein und nicht zuletzt als Empfänger öffentlicher Förderungen nicht gerecht geworden ist, ist

nen Transparenten im Fanblock sein, sie tragen aber die Verantwortung für die andauernden Normalisierungen eines frauenarmen, wenn nicht frauenfreien Raumes.

Platzverboten übertragener wie wortwörtlicher Art, die sich im Sport an der Grenze einer binären Geschlechterkonzeption orientieren, liegt, wie u. a. Wissenschaftlerin Anna Adlwarth erforscht hat, die brutale Tradition der gesell-

Gefahr, dass ihnen bei der Landung die Gebärmutter platze, und die internationalen Boxverbände es für unmoralisch hielten, wenn Frauen einander auf die brechbaren Nasen schlugen, nur marginal weiterentwickelt haben. Noch Anfang April wurde Rapid-Ehrenkapitän und -Sportkoordinator Steffen Hofmann der Kommunikationsstrategie der Vereinsführung gerecht, indem er in der Fußballdiskussion Club 2 x 11 auf die Frage aus dem Publikum,

offensichtlich. Verantwortung dafür, dass Diskriminierung im organisierten Spitzen- und Breitensport salonwie kabinenfähige Verhandlungssache bleibt, tragen allerdings auch die zuständige Politik sowie heimische (Sport-)Medien, die wiederholt Diskurse darüber anstrengen, ob Sportlerinnen tatsächlich so gut bezahlt werden sollten wie Sportler oder wie langweilig der Frauenfußball nun eigentlich sei. Clara Gallistl führt die „überwältigende Mehrheit“, mit der ihr Antrag laut Rapid-Social-Media-Team von den Vereinsmitgliedern angenommen worden sei, derweil auch auf ihren Auftritt im Fan-Podcast 1899fm zurück. Die von Moderator Heinz formulierte Frage, wie es ihr als Frau in der Kurve ergehe, konterte sie mit: „Und was macht das Stadion mit deiner Männlichkeit?“



# Athlet\*innen auf dem freien Markt

BLEIBEN BEI DER KOMMERZIALISIERUNG DES SPORTS  
DIE GRUNDRECHTE AUF DER STRETKE?

**D**ie Kommerzialisierung des Sports schreitet unaufhaltsam voran: Immer mehr Akteure pumpen Geld in das Ökosystem, Sportwettkämpfen wird zunehmend Eventcharakter verliehen und Sportvereine und -verbände vermarkten die Persönlichkeiten der Athlet\*innen zu ihrem Vorteil. Damit geht eine Verrechtlichung des Sports einher. Neben den Sportverbänden betreten inzwischen auch die Gesetzgeber das Spielfeld, Streitigkeiten werden immer öfter vor ordentlichen Gerichten ausgetragen und auch das Rechtsbewusstsein innerhalb der Branche nimmt allmählich zu.

## Die Kommerzialisierung des Sports

Mit der Kommerzialisierung des Sports wird für gewöhnlich die Entwicklung des einst als „zweckfrei“ geltenden Sports hin zu einer Geschäftsmöglichkeit beschrieben. Anders gesagt: die Unterordnung des Sports unter wirtschaftliche Interessen. Für Athlet:innen bedeutet das im Wesentlichen die Ausübung von Sport als Beruf, laufende mediale Berichterstattung und Partnerschaften mit finanzstarken Unternehmen.

Vor diesem Hintergrund ist evident, dass die Position der einzelnen Athlet:innen aufgewertet wurde.

Dass die Kommerzialisierung nicht nur eine Fülle von Chancen birgt, liegt aber gleichermaßen nahe. So können sich die vermeintlichen Vorteile für Athlet:innen mitunter ins Gegenteil verkehren, nämlich insbesondere dann, wenn das sportliche Geschehen zur Gänze hinter wirtschaftlichen Interessen zurücktritt und Athlet:innen zu bloßen Statist:innen verkommen. Schließlich dürfen dabei die fundamentalsten Rechtspositionen der Athlet:innen, die Grundrechte, nicht vergessen werden.

## Grundrechtliche Berührungspunkte

Freilich ist nicht zu verkennen, dass Grundrechte in erster Linie den Staat binden. Aber selbst im Verhältnis zwischen Privaten können diese unter bestimmten Voraussetzungen greifen („mittelbare Drittwirkung“). Zwischen der Kommerzialisierung des Sports und den Grundrechten der Athlet:innen bestehen diverse Berührungspunkte. Im Zentrum steht häufig Art 8 EMRK, der ein Recht auf



Achtung des Privat- und Familienlebens verbürgt. Im Folgenden werden zwei Brennpunkte exemplarisch herausgegriffen:

### **Einschneidende Vorgaben der Arbeitgeber:innen und das Recht auf Achtung des Privatlebens der Athlet:innen**

Im Rahmen der Privatautonomie sind die Parteien prinzipiell frei, Vereinbarungen zu treffen. Im Grunde können Arbeitgeber:innen und Athlet:innen Vorgaben in Bezug auf Ernährung, Kleidung und Umgang mit den sozialen Medien vereinbaren. Das liegt für arbeitsbezogene Tätigkeiten in der Natur der Sache. Im Vergleich zu anderen Berufsgruppen werden Spitzensportler:innen aber auch in ihrem Privatleben mit einschneidenden Vorgaben der Arbeitgeber:innen konfrontiert. Für Zündstoff sorgten in der Vergangenheit beispielsweise Fotos von Athlet:innen in der Kleidung ihres persönlichen Ausrüsters, wohingegen die „Arbeitskleidung“

vom konkurrierenden Sportartikelhersteller kam. Was die Vorgaben hinsichtlich Ernährung betrifft, so sind insbesondere die Diskussionen über die Zulässigkeit eines Verbots des religiösen Fastens bekannt. Auch die Einschränkungen in der Freizeit dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Athlet:innen werden bekanntermaßen dazu angehalten, gefahrgeneigte Freizeitaktivitäten zu unterlassen.

### **Mediale Berichterstattung und das Recht auf Achtung des Privatlebens der Athlet:innen**

Art 10 EMRK sowie Art 13 StGG garantieren gewisse Kommunikationsgrundrechte, insbesondere die Meinungs- und Medienfreiheit. Den Medien wird in einem demokratischen Rechtsstaat eine besondere Rolle zuteil („public watchdog“). Ein Konflikt zwischen der Medienfreiheit und dem Privatleben der Athlet:innen lässt sich oft nicht vermeiden. Hier ist zweifellos zu berücksichtigen, dass eine Vielzahl von Athlet:innen

als Personen des öffentlichen Lebens gelten. Gleichwohl ist abzuwägen, was „berichtenswert“ und zur Erfüllung der Informationsfreiheit der Gemeinschaft angemessen erscheint. In Deutschland hat der Bundesgerichtshof beispielsweise entschieden, dass Urlaubsfotos von „Tormannlegende“ Oliver Kahn keinem öffentlichen Informationsinteresse entsprechen (BGH 3.7.2007 - VI ZR 164/06).

### **Conclusio**

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass auch im Sport oftmals Grundrechtspositionen aufeinandertreffen und auszutarieren sind. Die Kommerzialisierung des Sports birgt Chancen und Risiken zugleich – die Frage des rechtlich Zulässigen ist schwer zu beantworten und immer im Einzelfall zu beurteilen. Ungeachtet dessen täte die Sportbranche gut daran, die Rechte der Athlet:innen sensibler zu behandeln. Schlussendlich dürfen ihre Grundrechte bei der Kommerzialisierung des Sports nicht auf der Strecke bleiben.

### **DIE AUTOR\*INNEN**

Kanzlei Christina Toth

Die fünf Jurist\*innen der Kanzlei Christina Toth im achten Bezirk in Wien haben ihr Hobby zum Beruf gemacht. Die Kanzlei ist unter anderem spezialisiert auf die Beratung von Athlet\*innen, Verbänden und Vereinen im Sport. Auf [lawmeetssports.at](http://lawmeetssports.at) publiziert das Team rund um Christina Toth regelmäßig zu rechtlichen Themen im Sport.



Patrick Petschinka

Rechtsanwaltsanwärter in der Kanzlei Christina Toth in Wien. Zuvor Universitätsassistent am Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien.



Patricia Hofmann

Rechtsanwältin in der Kanzlei Christina Toth in Wien. Engagiert sich vor allem im Bereich Opfer- und Gewaltrecht.

# Football Leaks: Die schmutzigen Geschäfte im Profifußball

**D**ass im Profifußball nicht immer alles ganz korrekt abläuft, war vielen schon bekannt. Doch erst seit der Veröffentlichung der Football Leaks durch den Portugiesen Rui Pinto sind die wahren Ausmaße der Korruption im Umfeld dieser Sportart bekannt geworden. Dafür nahm Pinto auch die Gefährdung seiner eigenen Sicherheit in Kauf.

Die SPIEGEL-Journalisten Rafael Buschmann und Michael Wulzinger tragen in ihrem Buch die wichtigsten Ergebnisse aus ihrer Recherchearbeit zusammen. Und zeigen, wie der Whistleblower mit dem Decknamen „John“ selbst zum Verfolgten wird, als er sich mit den Mächtigen der Fußballwelt angelegt hat.

Bei den Leaks handelt es sich um ein Konvolut aus Verträgen und Sonderabmachungen zwischen Spielern und Vereinen, die in vollem Umfang zeigen, was im modernen Fußball falsch läuft.

Moral und Gesetzestreue scheinen in dieser Welt für viele ein Fremdwort zu sein. Neben exorbitanten Ablösesummen und undurchsichtigen Zahlungen kamen auch Dokumente zur Steuerhinterziehung vieler namhafter Akteure zum Vorschein, die teilweise auch zu Strafen führten. Anfangs hauptsächlich auf Vereine der iberischen Halbinsel beschränkt, gibt es mittlerweile kaum eine Profiligena, die nicht von den Vorwürfen betroffen ist.

Ab November 2018 veröffentlichte das deutsche Nachrichtenmagazin SPIEGEL, gemeinsam mit anderen Medien, die Rechercheergebnisse der European Investigative Collaboration (EIC), einem journalistischen Recherchenetzwerk, das sich durch die Millionen Dateien der Football Leaks gearbeitet hat. Es ist nicht belegt, wie Pinto genau an die Dokumente gelangt ist, die ihm eine eineinhalbjährige Haftstrafe einbrachten. Im Zuge dieser zweiten Veröffentlichungswelle werden auch schwere Vorwürfe gegen den heutigen FIFA-Präsidenten Gianni Infantino erhoben. Er gilt vielen als Sinnbild für den korrupten Fußballfunktionär, bisher sind aber alle Anschuldigungen dieser Art an ihm abgeperlt.

Dass die Korruption im Fußball allgegenwärtig ist und sich nicht auf Regionen beschränkt, die in der öffentlichen Wahrnehmung normalerweise mit Korruption in Verbindung gebracht werden, zeigt sich unter anderem darin, dass auch die WM 2006 in Deutschland offenbar gekauft war.

## BUCHTIPP

Rafael Buschmann,  
Michael Wulzinger:  
Football Leaks: Die schmutzigen Geschäfte im Profifußball –  
Ein SPIEGEL-Bestseller  
ISBN 9783421047816



Wir dürfen gespannt sein, was durch die „Football Leaks“ noch alles aufgedeckt wird. Die anstehende WM in Katar dürfte dazu mehr als genug Anlass geben.



## DER AUTOR

Louis-Benjamin Vaugoin

Studium der Geschichtswissenschaft, Abschlussarbeit über die Entstehung der Menschenrechte und des europäischen Rechtssystems. Er unterstützt die Liga für Menschenrechte administrativ und redaktionell.





INTERNATIONALES 



„Grief overtook“, 2022

# Vladyslava Korotiuk

---



„Your home is always with you“, 2022



„Kinglet“, 2022



„Hide and Seek“, 2022

# Menschenrechte und Menschenpflichten im Spannungsfeld moderner Gesellschaften

## 1. Zur Aktualität des Themas

Im Editorial des Liga-Magazins Nr. 02/21 hat die Präsidentin der Österreichischen Liga für Menschenrechte, Barbara Helige, auf grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von Menschenrechten und Menschenpflichten hingewiesen. Sie hebt hervor, dass das am Beginn der Corona-Pandemie feststellbare Zusammenrücken der Gesellschaft sich im weiteren Verlauf in das Gegenteil verkehrte.<sup>1</sup> Es seien tiefe Risse in der Gesellschaft entstanden, die auch Konflikte zwischen grundrechtlich geschützten Werten offenbar machen. Sie seien Ausdruck einer gesellschaftspolitischen Krise, die vor allem in der Heterogenität und Individualisierung der Gesellschaft begründet sind. Der Mangel an Solidarität führe zu Fehlinterpretationen des Grundgedankens der Menschenrechte, die egozentrisch verstanden würden und so vergessen ließen, dass Mitmenschen ebenfalls Träger der Menschenrechte seien. Viele Beispiele zeigten, dass auch berechnete Interessen von Mitmenschen nicht wahrgenommen würden.

Die Errungenschaften der modernen Grundrechtspolitik dürfen durch Spaltungsinteressen und egozentrische Lebensformen nicht aufs Spiel gesetzt werden. Es gilt, das Bewusstsein für die Notwendigkeit des Schutzes der Interessen schwächerer Gruppen zu schärfen. Solidarität wird zu einem prägenden Beispiel einer Gesellschaft, die die großen Herausforderungen unserer Zeit, nämlich die Klimakrise und die Pandemie,

lösen muss. Das bedeutet, Rechte und Pflichten in einem ausgewogenen Verhältnis anwendbar zu machen.

Die folgenden Ausführungen versuchen die Beziehung zwischen Menschenrechten und Menschenpflichten in ihrer Aktualität deutlich zu machen und die Bedeutung dieser Schlüsselbegriffe als philosophische und politische Grundlagen einer neuen Gesellschaft zu determinieren. Menschenrechte sind heute trotz unterschiedlicher Menschenbilder in den Kulturen zu einer grundlegenden und fast weltweit gültigen politischen Idee geworden. Sie enthalten Mindeststandards für das rechtliche, politische, soziale und wirtschaftliche Leben der Menschen. Kaum ein Staat wagt es noch, die Menschenrechte prinzipiell in Frage zu stellen.<sup>2</sup>

Die Aktualität von Menschenpflichten ergibt sich aus der Notwendigkeit, dass die Situation der Zeit es notwendig macht, ein Minimum an weltweit anerkannten ethischen Standards für das internationale Zusammenleben zu formulieren und einzufordern. Erklärungen von Menschenpflichten oder Verantwortlichkeiten haben im Regelfall den Charakter eines moralischen Appells.<sup>3</sup> Selbstverständlich können die Pflichten auch rechtlich verbindlich verankert werden. Die Diskussion über die Impfpflicht liefert in vielen Ländern ein anschauliches Beispiel dafür. Unter den Pflichten des Einzelnen sind jene von besonderer Bedeutung, die die Erfüllung einer Verpflichtung sind, die sich aus einem gesamtgesellschaftlichen Ver-

band von Menschen ergibt. Sie sind Ausdruck jener politischen Mitverantwortung, die der Einzelne in einer Gemeinschaft trägt. Der Staat als politischer Verband gewährleistet nicht nur die Rechte seiner Bürgerschaft, er verpflichtet sie auch zu einem Freiheit beschränkenden Verhalten.

## 2. Eine philosophische Perspektive

Der griechische Philosoph Aristoteles hat erstmals den Menschen als „zoon politikon“ bezeichnet. Er spricht diesen Begriff in allen seinen Werken an.<sup>4</sup> Der Mensch ist von Natur aus ein politisches Lebewesen und von Natur aus für die staatliche Gemeinschaft bestimmt. Auch wenn die Menschen keiner Hilfe voneinander bedürfen, begehren sie dennoch ein gemeinsames Leben.

Aristoteles plädiert für eine Ethik des Mittelweges. Was für den Staat und eine Gemeinschaft gut ist, ist auch für den Einzelnen gut und umgekehrt. Für die Menschen als politische Wesen ist der Mittelweg zwischen Egoismus und Altruismus das Beste. Auf diesem Weg findet eine Legitimation jener Rechte und Pflichten statt, die für den einzelnen Menschen als Mitglied einer Gesellschaft normative Bedeutung haben.

## 3. Menschenrechte als Grundnorm menschlicher Zivilisation

Menschenrechte sind ein rechtliches Element einer legitimen politischen Ordnung. Sie besitzen einen Leit-

# flichten sellschaften

HEUTE SIND DIE MENSCHENRECHTE ZU EINER GRUNDLEGENDEN UND FAST WELTWEIT AKZEPTIERTEN POLITISCHEN IDEE GEWORDEN. DOCH WIE STEHT ES UM DIE UMSETZUNG? HEINRICH NEISSER PLÄDIERT DAFÜR, HIER REGELN FÜR EINE INTERNATIONAL GÜLTIGE NEUE VERANTWORTUNG ZU ETABLIEREN.

**Aristoteles plädiert für den Mittelweg zwischen Egoismus und Altruismus.**

bildcharakter für die Gestaltung von Politik und Ansprüchen an die öffentliche politische Ordnung. Menschenrechte sind aber auch eine politische Kategorie, die im modernen Verfassungsstaat als einklagbare Grundrechte verankert sind. Sie beinhalten einen universalen Geltungsanspruch und besitzen für alle Menschen gleichermaßen Gültigkeit.

Die Funktion der Menschenrechte hat sich im Laufe ihrer Entwicklung gewandelt. In ihrer ursprünglichen Bedeutung waren sie Schutzrechte, die dem Staat verboten, in Freiheitsräume des Menschen einzugreifen (z.B. persönliche Freiheit, Meinungsäußerungsfreiheit, Freiheit der Religionsausübung). Das Verständnis der Grundrechte als soziale Grundrechte hat diesen Charakter geändert. Soziale Grundrechte verpflichten den Staat zur Intervention, um die Lebensgrundlagen der Menschen zu schaffen oder zu verbessern.

- 
- 1) Liga-Magazin, 02/21, Menschenrechte und Menschenpflichten, S. 28.
  - 2) Helmut Reinalter (Hg.): Menschenwürde, Menschenrechte und Menschenpflichten heute, zum 85. Geburtstag von Heinrich Neisser. Austria: Forschung und Wissenschaft: Interdisziplinär, Bd. 15, LIT Verlag GmbH & Co Kg, Wien 2021, S. 14.
  - 3) Johannes J. Frühbauer: Weltethos im Spannungsfeld zwischen Menschenrechten und Menschenpflichten, in: Helmut Reinalter (Hg.): Menschenwürde, Menschenrechte und Menschenpflichten heute, zum 85. Geburtstag von Heinrich Neisser, LIT Verlag Wien 2021, S. 218.
  - 4) Siehe dazu seine Werke über die Endemische Ethik und die Nikomachische Ethik.
-

Menschenrechte und Menschenpflichten sind eng miteinander verbunden. Der Begriff der Menschenwürde ist dabei ein Schlüsselbegriff einer humanen Gesellschaft. Er ist eine philosophische und politische Grundlage und Begründung der allgemeinen Menschenrechte und Menschenpflichten. Im Art. 1 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 heißt es: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“ Die Menschenwürde ist die Begründung für den Schutz der Menschenrechte und Menschenpflichten.<sup>5</sup>

#### 4. Menschenpflichten als ethische Verpflichtung

Im Zuge der Globalisierung ist eine weltweite Verbundwirtschaft entstanden, in der ökonomische Interessenskonflikte erhebliche Auswirkungen auf die soziale Verantwortung mit sich brachten. Es ist ein individuelles Anspruchsdenken gegenüber Staat und Gesellschaft entstanden, dem weitgehend ein Pflicht- oder Verantwortungs-bewusstsein fehlt und das auf die Ausnützung sozialstaatlicher Strukturen zielt. Ein Mangel an Pflichtbewusstsein macht es notwendig, den Primat der Gemeinschaft gegenüber den Individuen zu betonen. Damit ergibt sich die Notwendigkeit, das Thema Menschenrechte in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Diskurses zu rücken.

Am 10. Dezember 1998 jährte sich die Proklamation der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen zum 50. Mal. Aus diesem Anlass hat der katholische Theologe und Präsident der Stiftung Weltethos Hans Küng im engen Kontakt mit dem früheren deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt die Idee einer „Erklärung der Menschenpflichten“ propagiert.<sup>6</sup>



#### DER AUTOR

Heinrich Neisser

Staatssekretär a.D. im Bundeskanzleramt, Bundesminister a.D. für Föderalismus und Verwaltungsreform, Zweiter Nationalratspräsident a.D. Umfassende Lehrtätigkeit an den Universitäten Wien und Innsbruck über Geschichte und Politik der Europäischen Integration, Vorstandsmitglied der Österreichischen Liga für Menschenrechte.

Diese „Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten“ verweist darauf, dass die globalen Herausforderungen nur auf der Basis von Werten und Normen gelöst werden können, wobei Rechte und Pflichten die gleiche Bedeutung hätten.

Die Deklaration versucht, Freiheit und Verantwortung in ein Gleichgewicht zu bringen und ein Umdenken von der Freiheit der Indifferenz zur Freiheit des Engagements herbeizuführen. Sie enthält in 19 Artikeln folgende thematische Abschnitte:

„Fundamentale Prinzipien der Humanität“  
 „Gewaltlosigkeit und Ehrfurcht vor dem Leben“  
 „Gerechtigkeit und Solidarität“  
 „Wahrhaftigkeit und Toleranz“  
 „Gegenseitige Achtung und Partnerschaft“

Die Pflichten des Einzelnen sind klar formuliert, jede Person hat die Pflicht, Menschen menschlich zu behandeln, Leben zu achten, sich integer, ehrlich und frei zu verhalten, wahrhaftig zu reden und zu handeln

sowie partnerschaftliche Achtung und Verständnis zu zeigen.

Die praktischen Auswirkungen dieser Diskussion waren begrenzt.<sup>7</sup> Es wäre allerdings sinnvoll, einen neuen Diskurs über die Bedeutung von Menschenpflichten in Gang zu setzen, für die die Vorstellungen des seinerzeitigen Entwurfes eine wertvolle Anregung geben könnten.

#### 5. Plädoyer für eine neue Verantwortung

Das zentrale Ziel einer breit angelegten Diskussion über Menschenpflichten ist das Bewusstsein einer neuen Verantwortung, die die einzelnen Menschen in einer besonderen Form mit einbezieht. Als Rahmenbedingung eines solchen Projektes sind folgende Faktoren zu nennen:

- > Wir brauchen weltweit anerkannte ethische Standards für das internationale Zusammenleben.
- > Menschenpflichten sind konkrete Ausformungen einer persönlichen Verantwortung.
- > Menschenpflichten haben den Charakter eines moralischen Appells – sie haben keine völkerrechtliche Verbindlichkeit.
- > Sie sind Ausdruck von Werten und Normen, die von Kulturen und Gesellschaften respektiert werden.
- > Freiheit und Werte stehen in einem Gleichgewicht zueinander.

5) Zur Bedeutung des Begriffes der Menschenwürde siehe Dietmar von der Pfordten: Die Menschenwürde als Grundbegriff von Ethik und Recht, in: FN 2 (Helmut Reinalter, Hg.), S. 29–60.

6) Johannes J. Frühbauer: Weltethos im Spannungsfeld zwischen Menschenrecht und Menschenpflichten, in: Helmut Reinalter (Hg.): Menschenwürde, Menschenrechte und Menschenpflichten heute, LIT Verlag, Wien 2021, S. 217ff.

7) Johannes J. Frühbauer (FN 6, S. 228).



# Krieg in der Ukraine

## International

Die Zeitschrift für internationale Politik

II/2022 • 7,50 €

## Wahnsinn kennt keine Sieger

Werner Wintersteiner und Kurt Bayer  
über den Ukraine-Krieg



Europäische Rechtsordnung | **Neutralität** | Shanghai Organisation | **Libanon** | Timor Leste  
**Ägypten** | Tunesien | **Lieferketten** | Herbert Kelman | **Basic Income** | Menschenrechte

**Eine unabhängige  
und kritische Stimme  
zur österreichischen  
Außenpolitik**

**Jetzt erhältlich:  
Ausgabe II/22**

**Kostenlose Probehefte:**

**office@international.or.at**

**Webseite: [www.international.or.at](http://www.international.or.at)**

**Wöchentliche aktuelle Kommentare  
auf dem **INTERNATIONAL** YouTube-Kanal**



# Menschenrechte brauchen Gesetze!



**A**usbeutung von Mensch und Natur bei der Herstellung von Produkten ist Realität. Unternehmen haben in den letzten Jahren bei den Sorgfaltspflichten in den Bereichen Menschenrechte und Umwelt zu wenige Fortschritte gemacht. Viel zu oft erinnert das Verhalten von Unternehmensführungen diesbezüglich noch immer an die drei berühmten Affen: nichts sehen, nichts hören, nicht reden. Solange es mehr Profit bedeutet, werden Menschenrechtsverstöße in Kauf genommen, Gewissen und Ethik sind „wettbewerbsschädlich“, Naturschutz muss sich hinten anstellen. Um davon wirklich wegzukommen, braucht es gesetzliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen.

### EU-Parlament möchte mehr

Die gute Nachricht: Am 23. Februar 2022 veröffentlichte die Europäische Kommission über langes Drängen des Europäischen Parlaments mit Verspätung endlich einen Vorschlag für eine europaweite Richtlinie zur Sorgfaltspflicht betreffend die Nachhaltigkeit von Unternehmen<sup>1</sup>, um die negativen Auswirkungen von Produktion auf Menschenrechte und Umwelt entlang der globalen Wertschöpfungsketten abzustellen. Die schlechte Nachricht: Leider erreichte das, was nun von der Kommission als Verhandlungsgrundlage auf den Tisch gelegt wurde, bei weitem nicht, was im Vorschlag des Europäischen Parlamentes vom März 2021<sup>2</sup> (Beschlussfassung mit 504 von 695 Stimmen) ausformuliert wurde: Die Richtlinie würde zwar (sehr) großen EU- und Drittstaatsunternehmen

sowie bestimmten Unternehmen in Branchen mit besonders hohem Schadenspotenzial<sup>3</sup> eine unternehmerische Sorgfaltspflicht auferlegen, dennoch wäre – geht es nach der EU-Kommission – eine Reihe von Unternehmen befreit. Die Zahl der erfassten Unternehmen ist im Vergleich zum Vorschlag des EU-Parlaments erheblich geringer. Während die Kommission nur große und mittelgroße Unternehmen erfassen möchte und einen komplizierten Anwendungsbereich mit vielen Ausnahmen skizziert, fordert das EU-Parlament, dass auch die kleinen und mittleren Unternehmen, die in Wirtschaftszweigen mit hohem Risiko tätig sind, miteinbezogen werden. Darüber hinaus geht es dem EU-Parlament um

die gesamte Lieferkette, nicht nur „etablierte“ Geschäftsbeziehungen wie von der EU-Kommission vorgeschlagen.

### Nachbessern!

Die von der EU-Kommission vorgeschlagene EU-Richtlinie geht zwar in die richtige Richtung, muss aber deutlich ergiebiger die Vorschläge des EU-Parlaments berücksichtigen. In den nächsten Monaten wird der Gesetzentwurf zwischen Rat, EU-Parlament und EU-Kommission verhandelt werden. EU-Parlament und Zivilgesellschaft müssen jede auch nur noch so geringe Chance nutzen, die „Verwässerungen“ wieder herauszuverhandeln. Insbesondere der Anwendungsbereich muss deutlich ausgeweitet werden, damit ein ganzheitlicher Schutz durch Sorgfaltspflichten erreicht und die Ausbeutung von Mensch und Natur in Zukunft tatsächlich gezielt verhindert werden kann. Es wäre fatal, wenn die Europäische Union als noch immer stärkste Wirtschaftsmacht dieser Erde diesen wirkungsvollen Hebel nicht im Sinne der Nachhaltigkeit einsetzen würde.



### ZUR PERSON

Bettina Vollath

Die österreichische EU-Abgeordnete Bettina Vollath (SPÖ) ist Mitglied der parlamentarischen Untersuchungsgruppe (FSWG) im EU-Parlament zur Untersuchung der Grundrechtsverletzungen seitens der EU-Agentur Frontex.

- 1) Vorschlag der EU-Kommission (23. Februar 2022) [ec.europa.eu/info/sites/default/files/1\\_1\\_183885\\_prop\\_dir\\_susta\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/1_1_183885_prop_dir_susta_en.pdf)
- 2) Initiativbericht des EU-Parlamentes (10. März 2021) [europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0073\\_EN.html](https://europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0073_EN.html)
- 3) Gemeint sind Sektoren mit einem hohen Risiko negativer Auswirkungen, für welche die OECD-Leitlinien aufgestellt hat, auf die sich die EU-Kommission in ihrem Vorschlag beruft. Unter denen jedoch hat sie den Finanzsektor in ihrem Vorschlag ausgenommen (Vorschlag der EU-Kommission 2022/0051(COD) vom 23. Februar 2022, Version\_EN S.15). Zu den branchenspezifischen OECD-Leitlinien: [mneguidelines.oecd.org/sectors/](https://mneguidelines.oecd.org/sectors/)



## Internationale Ligen: Trotz Hindernissen aktiv!

Die COVID-19-Pandemie prägte auch in den letzten Monaten das öffentliche Leben und erschwerte damit europaweit die Abhaltung öffentlicher Veranstaltungen. Dies hinderte viele europäische Ligen aber nicht daran, in vielfältiger Form auf die drängendsten Menschenrechtsprobleme – international sowie national – aufmerksam zu machen. So richteten sich ihre Forderungen von gerechten Arbeitsstandards über verstärkte Maßnahmen zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit bis hin zu nachhaltiger Klimapolitik – Forderungen, die auf sozialen Medien umfangreich verbreitet wurden.

Dabei bildete vor allem die anhaltende russische Aggression gegen die Ukraine einen Schwerpunkt der Kampagnen der europäischen Ligen, die von Online-Kundmachungen bis

hin zu Protestmärschen reichten. Im Lichte des Angriffskrieges beteiligte sich zudem die andalusische Liga maßgeblich an der globalen Kampagne gegen Aufrüstung, die die 1,98 Billionen US-Dollar an Militärausgaben verurteilte und stattdessen Investition in menschliche Entwicklung forderte, um nachhaltigen Frieden zu erziehen.

Außerdem initiierte die andalusische Liga eine Kampagne zur Forderung von Maßnahmen, die Rechte der Toten, Vermissten und deren Angehörigen an der Südgrenze Spaniens sichern, insbesondere durch die Errichtung eines Büros, das eine umfassende Betreuung von Familienmitgliedern und der Identifikation ihrer verstorbenen Familienangehörigen garantiert. Auch die Polizeibrutalität geriet in ihren

Fokus, nachdem zwischen 2010 und 2020 über 50 Polizist:innen wegen Folter verurteilt wurden.

Auch die wallonische Liga legte ihren Fokus im Rahmen von Webinaren, Konferenzen und Demonstrationen auf den Kampf gegen Polizeibrutalität und für menschenrechtskonforme Haftbedingungen innerhalb des belgischen Strafvollzugsystems. Sie setzte sich auch für die Transparenz der zunehmenden Überwachung im öffentlichen Raum ein, da die belgische Polizei immer häufiger Gesichtserkennungssysteme illegal verwendet.

Die Diversität dieser Aktivitäten und Themen zeigt, dass noch einiges zu tun bleibt, um die gleiche Freiheit und Menschenwürde aller zu verwirklichen.



**Kunst als Ausdruck des Grauens des Krieges.**

# Die Flügel weit geöffnet

ÜBER DEN KURDISCHEN LYRIKER ILHAN ÇOMAK

**W**ie klein kann die Welt sein. In einer Ecke des Silivri-Gefängnisses in der Provinz Istanbul steht ein Vogelkäfig. Das 2016 aufgenommene Foto zeigt einen am Boden davor hockenden Mann in Jeans, blauem Poloshirt und Sneakers. Ein Jahr zuvor wurde İlhan Çomak zu lebenslanger Haft verurteilt, zweiundzwanzig Jahre saß er in Untersuchungshaft, bis er unter Folter gestehen musste, was er niemals getan hatte. Man wirft ihm vor, im Namen der kurdischen Arbeiterpartei einen Waldbrand gelegt zu haben. İlhan Çomak verfasste acht Gedichtbände in Haft und wurde dafür mehrfach ausgezeichnet. „Ich habe in der Poesie Zuflucht gefunden ... ich bin auf der Suche nach dem Leben ... ich suche mein verlorenes Glück“. Es sind Gedichte über die Natur, seine Kindheit, sein Volk und über die vielen Menschen, denen er in türkischen Gefängnissen begegnete. Der mittlerweile Neun- undvierzigjährige lebt heute in Silivri, Europas größter Haftanstalt. Über zehntausend Menschen werden hier festgehalten. In lauen Nächten kann man das Marmarameer riechen, „... lass uns über das stürmische Meer fliegen“, raunt er seinem Gefährten zu, „die Flügel weit geöffnet“.

Mittlerweile wird İlhan Çomak durch eine internationale Kampagne unterstützt, die den am längsten inhaftierten politischen Gefangenen der Türkei vor dem Vergessenwerden bewahrt. Wie für diesen Lyriker setzt sich das Writers-in-Prison-Komitee des Österreichischen PEN aktuell für den uigurischen Schriftsteller Perhat Tursun, seit 2018 verschwunden, die belarussische Übersetzerin Volha Kalackaja, nach ihrer Verhaftung in Hausarrest, den indischen Lyriker Varavara Rao, mit über achtzig



**Poesie als Zuflucht: İlhan Çomak ist seit 27 Jahren in Haft.**

Jahren in Haft, den burmesischen Schriftsteller Maung Thura Zargana, seit 1988 wiederholt in Haft und verschwunden, den ägyptischen Blogger, Alaa Abd El Fattah, seit 2011 wiederholt in Haft und gefoltert, den eritreischen Sportjournalisten Jimié Kmeil, seit 2005 inhaftiert und verschwunden, und den eritreischen Schriftsteller Dawit Isaak, vom dem jede Spur fehlt, ein. In der seit zehn Jahren bestehenden, mittlerweile auf 200 Bände angewachsenen edition pen werden Anthologien veröffentlicht, die literarische Stimmen aus aller Welt vernehmbar machen. Demnächst erscheinen die Gedichte von İlhan Çomak.

Hans Magnus Enzensberger bringt das Unbehagen der Kerkermeister Lyriker:innen gegenüber auf den Punkt, „... das Gedicht spricht mustergültig aus, dass die Politik nicht über es verfügen kann: das ist sein politischer Gehalt.“\* Uns, die wir frei durch den Sommer spazieren, bleibt das stetige Erinnern an die Vergessenen, ein Augenaufschlag angesichts der wütenden Diktaturen. İlhan Çomak schreibt in einem seiner Briefe, „Wenn Sie ein Gedicht zur Hand haben, lesen Sie bitte eine Strophe oder ein Gedicht von mir und teilen Sie es mit anderen. Wenn Sie meine Gedichte gelesen haben, werden Sie mir in die Augen gesehen haben, dies tröstet mein Herz. In der Hoffnung, dass wir uns in Freiheit begegnen.“

## Weitere Informationen:

ilhancomak.com  
wip.penclub.at

\* Hans Magnus Enzensberger: Poesie und Politik, in: „Einzelheiten“, Bd. 2, edition suhrkamp 87, Frankfurt a. M.

**Foto** / Saeed Karimi (Unsplash)

**Text** / Siroos Mirzaei, Übersetzung: L.-B. Vaugoin

# Botschaft an die Europäische Union

ÜBER DIE MENSCHENRECHTSLAGE IM IRAN



Schallreflexionsraum, in dem Gefangene gefoltert werden, Teheran 2020

**D**ie langjährigen Atomverhandlungen mit dem Iran, die 2015 in Lausanne erstmals zu einem Ergebnis führten, wurden nach dem einseitigen Ausstieg der USA abrupt beendet. Nach dem Amtsantritt von Joe Biden gibt es nun Hoffnung, dass alle Seiten zu dem Vertrag zurückkehren werden. Im Zuge der Annäherung nahm der EU-Beauftragte für den Iran, Enrique Mora, im Jänner 2021 an der Amtseinführung von Ebrahim Raisi teil. Der neue iranische Präsident ist für die Massenhinrichtungen des „Chomeini-Massakers“ 1988 und als Chefrichter des Iran für unzählige schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich.



## DER AUTOR

Siroos Mirzaei

Geboren in Mashhad/Iran, Autor und Mediziner, Leiter der Abteilung Nuklearmedizin in der Klinik Ottakring, arbeitete u.a. wissenschaftlich über Folterdiagnostik mit molekularen Bildgebungsmethoden. Mitgründer und langjähriger Vorsitzender von Hemayat. Mitglied der Österreichischen Liga für Menschenrechte.

Während sich Federica Mogherini, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, anlässlich eines Besuchs in Teheran 2016 um ein Treffen mit Vertreterinnen der Frauenbewegung und der Menschenrechtsaktivistin Narges Mohammadi bemühte, fragte Enrique Mora bei seinem diesjährigen Besuch nicht weiter nach dem Schicksal Mohammadis.

Der Iran gehört neben China, Saudi-Arabien und Syrien zu den Ländern mit den meisten Hinrichtungen, in den Gefängnissen wird systematisch gefoltert, selbst Jugendliche werden hingerichtet. Es kommt zu öffentlichen Auspeitschungen und Amputationen.

Narges Mohammadi plädierte an die Europäische Union, „dass sie unseren friedlichen Einsatz für die Menschenrechte und die Demokratie im Iran unterstützt. Zum Beispiel, dass sie bei jedem Anlass und in jedem Gespräch die iranischen Behörden fragt, warum uns unsere verfassungsmäßig garantierten Rechte verwehrt werden. Die Stärkung der iranischen Zivilgesellschaft sollte Teil der europäischen Sicherheitspolitik sein.“\* Bisher verhallt ihre Botschaft ungehört.

## Literatur:

Narges Mohammadi (Hg.), Weiße Folter. Im Dialog mit zwölf Frauen, die politische Gefangene sind, Baran Publication Hause, 2020

Siroos Mirzaei, Irdische Träume im Paradies. Roman, Tiroler Autorinnen und Autoren Koop., 2012

Siroos Mirzaei, Martin Schenk (Hg.), Abbilder der Folter. Hemayat: 15 Jahre Arbeit mit traumatisierten Flüchtlingen, Mandelbaum, Wien 2010

## WEISSE FOLTER

Als Weiße Folter gelten Foltermethoden, die vorrangig die Psyche der Gefangenen angreifen und diese dauerhaft schädigen. Die Opfer werden Schlafentzug, Kunstlicht, Beschallung, Einzelhaft und Sprechverboten ausgesetzt. Sie besitzen weder Bücher noch eine Uhr.

\* [dw.com/de/narges-mohammadi-weil-ich-eine-frauen-werde-ich-so-hart-bestaft/a-57736947](https://www.dw.com/de/narges-mohammadi-weil-ich-eine-frauen-werde-ich-so-hart-bestaft/a-57736947)

## NARGES MOHAMMADI

Narges Mohammadi war Vizepräsidentin der Menschenrechtsorganisation Defenders of Human Rights Center (DHRC), die 2008 von der iranischen Regierung verboten wurde. Mohammadi, bereits mehr als fünf Jahre inhaftiert, wurde aufgrund ihres Protests gegen die Haftbedingungen und die Todesstrafe im Iran 2021 erneut zu zweieinhalb Jahren Haft und 80 Peitschenhieben verurteilt. Laut Amnesty International wurde sie gefoltert und misshandelt, und am 15. Januar 2022 zu weiteren acht Jahren Haft und zwei Monaten Gefängnis sowie 74 Peitschenhieben verurteilt. Sie befindet sich zurzeit in Einzelhaft im Gefängnis Shar-e-Rey in Varamin nahe Teheran. [cutt.ly/sLcwd4F](https://cutt.ly/sLcwd4F)

**Narges Mohammadi präsentiert ihr Buch „Weiße Folter“.**



# Kompetenz und Erfahrung

– seit fast 30 Jahren

# Kreativität und Innovation

– Magazine, Berichte, Folder und vieles mehr

# Kommunikation auf Augenhöhe

– Texte und Kurse in einfacher Sprache



**domus verlag**

**Publikationen,  
Kommunikation,  
einfache Sprache:**

Domus Verlag  
Rahlgasse 1/26  
1060 Wien

Tel: +43 1 585 28 60  
[office@domusverlag.at](mailto:office@domusverlag.at)  
[www.domusverlag.at](http://www.domusverlag.at)

# Die Mächtigen zur Verantwortung ziehen

EIN PLÄDOYER FÜR JULIAN ASSANGE

**D**ie Verfolgung von Julian Assange stellt die mit Abstand größte Bedrohung der Medienfreiheit dar, die ich je erlebte. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika stützt sich auf den äußerst drakonischen Espionage Act aus dem Jahr 1917, um Julian Assange zu verfolgen, einzig und allein wegen der Rolle, die er in der Veröffentlichung von Dokumenten, die neben Fehlverhalten und Verbrechen auch die Scheinheiligkeit von Regierungen – speziell der US-Regierung – zutage brachten, gespielt hat.

Die Protokolle zum Irak-Krieg, Aufzeichnungen zu Afghanistan, Akten zu den Gefangenen in Guantanamo Bay und Korrespondenzen amerikanischer Diplomaten wurden WikiLeaks von Chelsea Manning, Whistleblower bei der US-amerikanischen Armee, zugespielt. Wegen dieser Dokumente drohen Julian 175 Jahre im Gefängnis. Damit will die amerikanische Regierung der Welt zeigen, dass sie jeden Journalisten und Herausgeber für die Veröffentlichung von Regierungsdokumenten verfolgen kann, unabhängig von seinem Aufenthaltsort.

Die Menschenrechtskommissarin des Europarats ist sich der Bedrohung bewusst, die dieser Fall darstellt, weshalb sie sich mit der Begründung, dass sie „einen abschreckenden Effekt auf die Medienfreiheit hat und letztlich die Presse dabei behindern könnte, ihre Aufgabe als Informationslieferant und Wächter der Öffentlichkeit in einer demokratischen Gesellschaft auszuüben“, klar gegen Julians Auslieferung stellt. Dutzende Organisationen, die sich mit Bürgerrechten und Presse-

freiheit auseinandersetzen, darunter Amnesty International, stimmen dem zu. Genauso wie über 1.900 Journalisten, die eine Petition für seine Freilassung unterschrieben haben.



## DER AUTOR

Kristinn Hrafnsson

Isländischer Investigativjournalist, nach 20 Jahren Arbeit in klassischem Medioumfeld, hauptsächlich Rundfunk, wechselte er 2010 zu WikiLeaks. Zunächst als Sprecher der Plattform tätig, übernahm er 2018 die Rolle des Herausgebers, als Julian Assange in der ecuadorianischen Botschaft in London Asyl erhielt und seine Arbeit dadurch weitergeführt werden konnte.



Ohne WikiLeaks würden wir nicht wissen, dass die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika eine Untersuchung Spaniens zur Folter der Gefangenen in Guantanamo unterminiert hat, ebenso wie eine deutsche Untersuchung zur Entführung und Folter von Khaled El-Masri, einem völlig unschuldigen Mann. Wir wüssten nichts über die tausenden Tötungen und Massaker an der Zivilbevölkerung in Afghanistan und dem Irak. Wir würden nichts davon wissen, dass offizielle Vertreter Amerikas vertraulich bestätigt haben, dass 25 Jahre anglo-amerikanischer Kriege die Wasservorräte verstrahlt und mit Öl verunreinigt haben, während in der Öffentlichkeit die Kosten des Krieges heruntergespielt werden.

All diese Enthüllungen, und viele mehr, waren in den Dokumenten enthalten, für die Julian verfolgt wird. WikiLeaks war immer vom Glauben an „transparency for the powerful and privacy for the weak“ (Transparenz gegenüber den Mächtigen und Privatsphäre für die Schwachen) geleitet.

Wenn es möglich ist, Julian in die USA auszuliefern und er dort dafür verfolgt wird, das Verbrechen begangen zu haben, Journalismus zu betreiben, wird unsere Möglichkeit, die Mächtigen zur Verantwortung zu ziehen, womöglich für immer verloren sein.

## BUCHTIPP

STEPHAN LESSENICH

**GRENZEN DER DEMOKRATIE. TEILHABE ALS VERTEILUNGSPROBLEM**

„Wenn Demokratie mittlerweile auch hierzulande in Gefahr zu sein scheint, wenn gegenwärtig allenthalben von Krise, ja vom Niedergang und Verfall der liberalen Demokratie die Rede ist, dann müssen in der Tat die gesellschaftlichen Alarmglocken läuten – denn es geht ans Herzstück der Moderne“, schreibt der Soziologe Stephan Lessenich in einem lesenswerten Plädoyer für Freiheit, Gleichheit und Menschenrechte. Eine brisante Analyse, die Perspektiven einer solidarischen, inklusiven und nachhaltigen Demokratie entwirft.

Reclam, 2019

ISBN 978-3-15-011237-3

**ALPENDISTEL, MAGAZIN FÜR ANTIFASCHISTISCHE GEDENKKULTUR NR. 3/202: KEIN RUHIGES HINTERLAND. WIDERSTAND IN DEN BERGEN**

Der Verein Alpine Peace Crossing ist eine zivilgesellschaftliche Initiative, die sich der Erinnerungsarbeit an den jüdischen Exodus über die Krimmler Alpen widmet. Im Sommer 1947 nahmen einige Tausend jüdische Männer, Frauen und Kinder, vorwiegend aus Osteuropa, den beschwerlichen Weg über die Tauern auf sich, um ihr Ziel, Palästina, über Genua zu erreichen. Seit 2020 gibt der Verein ein Magazin heraus, das sich in seiner jüngsten Ausgabe mit dem Thema Flucht und Widerstand in den Bergen auseinandersetzt.

Zu bestellen: [alpinepeacecrossing.org](http://alpinepeacecrossing.org)

KATHRIN PALLESTRANG (HG.), JULIE THORPE (IDEE UND MITARBEIT)

**AUSSTELLUNGSKATALOG: STICK- UND KNÜPFMUSTER RUTHENISCHER FLÜCHTLINGE IM ERSTEN WELTKRIEG**

1921 wurden rund 500 bestickte und teilweise mit Glasperlen geknüpfte Musterflecke für Perlen-, Hals- oder Hutbänder als „ruthenische Frauenarbeiten“ in die Sammlungen des Wiener Volkskundemuseums aufgenommen. Die Handarbeiterinnen waren im Ersten Weltkrieg aus Galizien, der heutigen Ukraine und dem heutigen Polen, geflüchtet und in Lagern untergebracht worden. Bereits 1915 zeigte man die Musterflecke in der Ausstellung „Kunst, Gewerbe und Industrie im Dienst der Kriegshilfe“, um die Versorgung und gute Aufnahme der Kriegsflüchtlinge zu veranschaulichen. Ein vom Museum für Volkskunde herausgegebener Band befasst sich mit der Kriegspropaganda, aber auch mit der Rolle der Volkskunst in Nationsbildungsprozessen am Beispiel der Ruthenen der Habsburgermonarchie.

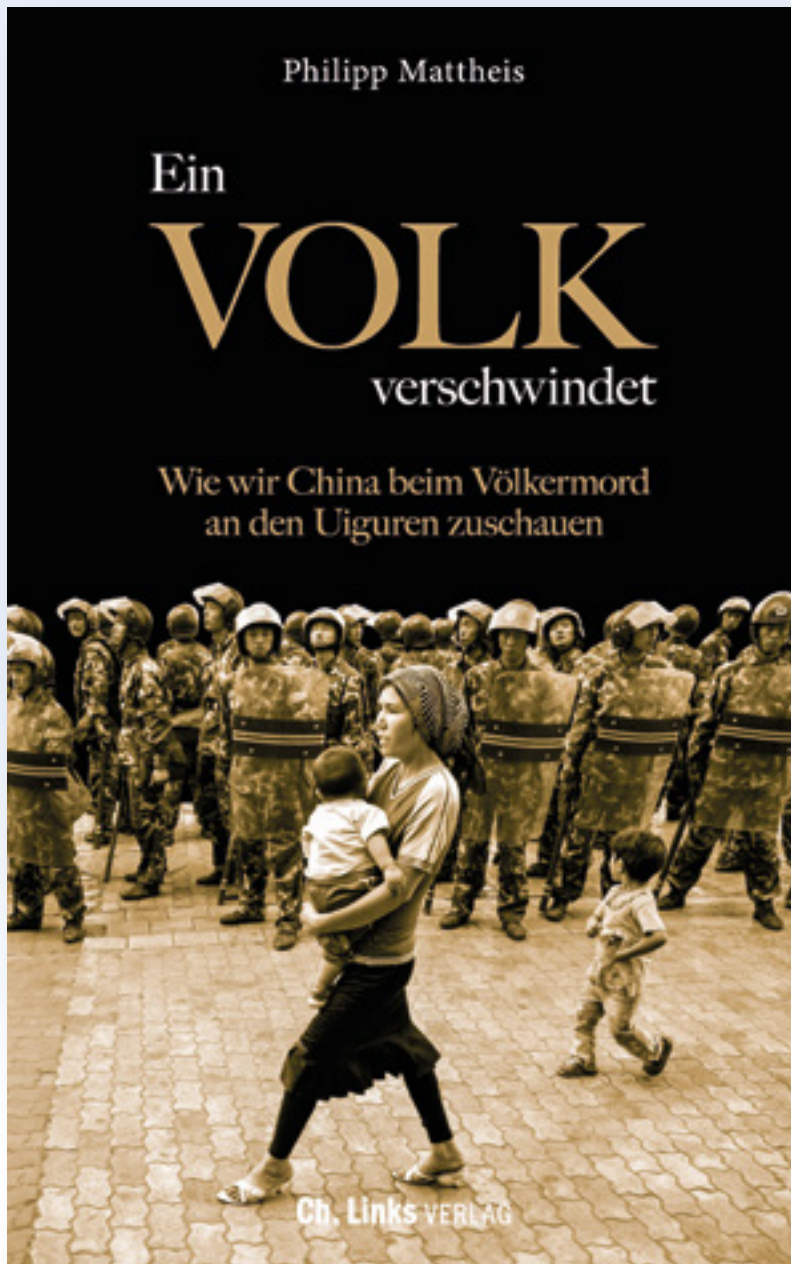
Österreichisches Museum für Volkskunde, 2014



## BUCHTIPP

# Ein Volk verschwindet

DER CHINAEXPERTE PHILIPP MATTHEIS HAT EIN HOCHAKTUELLES BUCH VORGELEGT.



Der uigurische Schriftsteller Perhat Tursun ist seit Ende Januar 2018 aus Ürümqi, der Hauptstadt des „Autonomen Uigurischen Gebiets Xinjiang“, verschwunden. Unbestätigten Meldungen zufolge zu 16 Jahren Haft verurteilt, ist sein Aufenthaltsort unbekannt. Das Schicksal Tursuns, eines der bedeutendsten zeitgenössischen Schriftstellers in uigurischer Sprache, ist eines von Millionen. Als Wladimir Putin 2014 seine kriegesischen Ziele unmissverständlich artikuliert, formulierte auch der chinesische Regierungschef Xi Jinping seine politischen Absichten: „Xinjiang müsse von Bevölkerungen minderer Qualität und von Menschen mit negativer Energie gesäubert werden.“ Seitdem verfolgt er eine Politik der ethnischen Säuberung, deren Ausmaß jüngst durch die Veröffentlichung der „Xinjiang Police Files“ dokumentiert werden konnte. Ein Leak von über zehn Gigabyte mit Polizeiakten, Lagerberichten und Behördenanweisungen offenbarte ein Lagersystem mit systematischer Folter und Zwangsarbeit. Tausende Fotos von Internierten und aus dem Inneren der Lager zeigen Misshandlungen, so auch den berühmten „Tiger Chair“, der Arme und Beine während der stundenlangen Verhöre arretiert.

Es gibt Bücher, die legt man nicht mehr aus der Hand. Der Journalist und China-Korrespondent Philipp Mattheis erzählt die Geschichte der nordwestchinesischen Provinz Xinjiang und der dort lebenden muslimischen Bevölkerung. Mattheis schlägt einen Bogen von den versunkenen Großreichen im frühen Mittelalter bis in die Zeitgeschichte Chinas. Das Buch gibt verstörende Einblicke in ein Gewaltsystem des 21. Jahrhunderts, das Künstliche Intelligenz gegen Menschenrechte einsetzt. Die Provinz Xinjiang ist eine Hightech-Zone, an den Haustüren sind QR-Codes angebracht, jedes Fahrzeug hat einen GPS-Tracker, Überwachungs-



kameras mit Gesichtserkennungssoftware unterscheiden Han-chinesische oder uigurische Gesichtszüge. Wenn Uiguren ein Einkaufszentrum betreten, wird Alarm ausgelöst, sie gelten als verdächtige Personen. Dörfer werden mit Eisentoren verriegelt, Bagger ebnen Friedhöfe ein, in der alten Oasenstadt Kashgar verdrängen Neubauten die uigurische Architektur. Kinder werden verschleppt und in staatliche Waisenhäuser gebracht. Im Mai besuchte die UN-Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet die Region und forderte die chinesische Regierung auf, „in der Provinz Xinjiang ihre Anti-Terror-Gesetze zu überdenken“.

Appelle dieser Art hält Mattheis angesichts des Zusammenhangs von Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit den globalen Wirtschaftsströmen für wenig effektiv. Die Annahme, dass sich China durch wirtschaftliche Beziehungen demokratisieren würde, blieb Illusion. Die durch Xinjiang führende neue Seidenstraße ist Pekings Tor nach Eurasien, die Bodenschätze der Region und die hier einmündende Central Asia Gas Pipeline machen die Region zur „strategischen nationalen Energiebasis“ der Volksrepublik. Eine Autonomie der Provinz und ihrer muslimischen Bevölkerung stünde dem im Wege. Heute ist China der wichtigste Handelspartner der EU. Österreich hat 2021 mit einem Handelsvolumen von 17,91 Milliarden Euro einen historischen Rekordwert aufgestellt.\* Das 2022 von der EU-Kommission vorgelegte Lieferkettengesetz verpflichtet Firmen, ihre Zulieferer auf Menschenrechtsstandards und Umweltschutz zu überprüfen. Es ist zu hoffen, dass die in der Provinz Xinjiang von uigurischen Zwangsarbeiter:innen gepflückte Baumwolle künftig nicht mehr den Weg in unsere Kleiderkästen findet.

Eine Neuorientierung der Wirtschaftsbeziehungen zu China würde sich jedoch

massiv auf die europäische Energiewende auswirken, so Mattheis. Die globalen Lieferketten benötigen die seltenen Erden Chinas, fast die Hälfte der weltweiten Polysilizium-Produktion, eines wichtigen Rohstoffs für Photovoltaik, stammt aus Xinjiang. Chinesische Hersteller von Solarzellen beliefern 90 Prozent des Weltmarkts, viele der Fabriken befinden sich in unmittelbarer Nähe der uigurischen „Ausbildungszentren“. Angesichts des akuten Notstands der Energieversorgung Europas ist es mehr als fraglich, ob die Verlagerung der Produktion in andere Länder überhaupt denkbar ist.

PHILIPP MATTHEIS

#### **EIN VOLK VERSCHWINDET. WIE WIR CHINA BEIM VÖLKERMORD ZUSCHAUEN.**

Ch. Links Verlag, Berlin 2022.

ISBN 978-3-96289-137-4

[xinjiangpolicefiles.org](http://xinjiangpolicefiles.org)  
[lieferkettengesetz.at](http://lieferkettengesetz.at)  
[uyghurpen.org/free-perhat-tursun/](http://uyghurpen.org/free-perhat-tursun/)

#### ZITAT

„In eine Zelle von knapp 6,5 Quadratmetern waren 16 Männer gepfercht worden. Immer zwei Männer waren mit Fußfesseln aneinander gekettet. Schlafen konnten die Gefangenen nur in zwei Schichten, da sich immer nur zwei Männer gleichzeitig hinlegen konnten. Gestank und Kälte in der Zelle waren unerträglich. Der Raum war kameraüberwacht, Lippenbewegungen wurden von den Wachen als Koran-Rezitation ausgelegt und sofort bestraft.“  
 Abdusalam Muhammad, Uyghur Tribunal  
[uyghurtribunal.com](http://uyghurtribunal.com)

\* WKO, Außenwirtschaftscenter, Wirtschaftsbericht China, März 2022, [wko.at/service/aussenwirtschaft/china-wirtschaftsbericht.pdf](http://wko.at/service/aussenwirtschaft/china-wirtschaftsbericht.pdf)



## Impressum

### Herausgeberin

Barbara Helige, Österreichische  
Liga für Menschenrechte  
Rahlgasse 1/26, 1060 Wien

### Chefredaktion

Marion Wisinger, Andrea Helige

### Redaktionelle Mitarbeit

Louis-Benjamin Vaugoin, Adela  
Schneider

### AutorInnen dieser Ausgabe

Mareike Boysen, Andreas Brunner,  
Dietmar Dragarić, Peter Filzmaier,  
Andrea Helige, Barbara Helige,  
Patricia Hofmann, Florian Horn,  
Kristinn Hrafnsson, Felix Mayr,  
Siroos Mirzaei, Heinrich Neisser,  
Sebastian Öhner, Patrick Petschinka,  
Ulrike Plichta, Christoph Riedl,  
Erwin Riess, Terezija Stoisits,  
Gunther Trübswasser, Louis-  
Benjamin Vaugoin, Bettina Vollath,  
David Weiss, Marion Wisinger

### Koordination

Domus Verlag, Lilo Stranz  
office@domusverlag.at

### Graphisches Konzept & Umsetzung

Domus Verlag, Alin-Gabriel Varvaroi

### Coverbild

Vladyslava Korotiuk: „Gifts“, 2022

### Verlags- und Herstellungsort

Wien

Gedruckt mit freundlicher  
Unterstützung von

### RD Foundation Vienna

Research | Development | Human Rights  
Gemeinnützige Privatstiftung





Dabei sein  
macht stark.

Jetzt Mitglied werden!

Auszug aus unseren Statuten (§ 3 Aufgaben, Abs. 1):

Der **Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB)** ist in Verfolgung seines Zwecks zu einem **kraftvollen Mitwirken** an der steten sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen **Weiterentwicklung Österreichs** zur Wahrung der in der Verfassung verankerten **Rechtsstaatlichkeit** unseres Landes in einem sozialen Europa, zur **Bekämpfung des Faschismus**, zur Mitarbeit an der **Sicherung der Menschenrechte** sowie zum unentwegten Kampf zur **Hebung des Lebensstandards** der ArbeitnehmerInnen Österreichs berufen und verpflichtet.

Dafür brauchen wir dich!

Mit jedem neuen Mitglied wird deine Gewerkschaft stärker.

Werde jetzt Mitglied:

[oegb.at/mitgliedwerden](https://oegb.at/mitgliedwerden)

**ÖGB**



**HUMANOMED ZENTRUM ALTHOFEN**  
KUR & REHABILITATION

**Umfassende Kompetenz**  
unter einem Dach



Unter dem Dach des Humanomed Zentrums Althofen befinden sich folgende Einrichtungen:

Kur & GVA | Dialyse | Orthopädische Rehabilitation | Lungen Rehabilitation  
Stoffwechsel Rehabilitation | Onkologische Rehabilitation | Herz/Kreislauf Rehabilitation

Humanomed Zentrum Althofen und **NEU** Humanomed Bleiberggerhof\*\*\*\* - KÄRNTEN

Moorweg 30, 9330 Althofen - KÄRNTEN | T: +43 (0)4262 2071-0 | [www.humanomed.at](http://www.humanomed.at) | Zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2015 & QMS-Reha®

---

Österreichische Post AG SP 02Z034168 S  
Österreichische Liga für Menschenrechte  
1060 Wien, Rahlgasse 1/26



ISSN 0025-9616

---

**DIE ÖSTERREICHISCHE LIGA  
FÜR MENSCHENRECHTE**